

6. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Donnerstag, 16. Mai 2024
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 21.50 Uhr

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Christian Huber,
6. Simone Sager, 7. Andrea Walder, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Luzia Baumann, 3. Florian Eberhard, 4. Daniela Minikus,
5. Luc Nünlist, 6. Claudia Schmid, 7. Tobias Vega

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Darryl Fiecher, 3. Muriel Jeisy-Strub

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf, 5. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma, 5. Denise Spirig,
6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Marion Rauber, Direktion Bau
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Manfred Schoger

Unentschuldigt abwesend: Salome Kisker

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Vorsitz: Yael Schindler Wildhaber

Protokollführerin: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

6. Vereidigung und Aufnahme neues Parlamentsmitglied
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - * 7.4. Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Immobilienmanagement Olten
 - 7.5. Überparteilicher Auftrag Nico Zila (FDP) und MU betr. Turnhallen während der Schulferien für Oltner Sportvereine öffnen
 - 7.6. Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP und OJ betr. Soziokulturelles Angebot für Kinder und Jugendliche
 - 7.7. Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Sicherheit in Bahnhofsnähe Olten
 - 7.8. Auftrag Anna-LeaENZler und Christine von Arx (SP/JSP) betr. Verlängerung Badi-Saison Olten
 - 7.9. Interpellation Thomas Fürst (FDP) und MU betr. Praxis der Stadt Olten im Bezug auf das Engagement im freien Markt
 - ** 7.10. Interpellation Philippe Ruf (SVP) betr. Ladenmix in der Innenstadt, wozu die Barbershops?
 - ** 7.11. Interpellation Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Verwendung von städtischen Fonds
 - ** 7.12. Auftrag Ursula Rüegg (SVP) betr. «Schärme zum Warte nachem Poste»
 - ** 7.13. Auftrag Ursula Rüegg (SVP) betr. Free Dogs
 - ** 7.14. Interpellation GO/JGO und SP/JSP betr. Gemeindefusion
 - ** 7.15. Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Häufigere Kartonsammlung für das Gewerbe
 - ** 7.16. Auftrag Luc Nünlist und Florian Eberhard (SP/JSP) und MU betr. Badi für alle

* Anpassung Traktandenliste, zurückgestellt

** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträtin, geschätzte Herren Stadträte, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste hier vor Ort oder zuhause via YouTube. Ich begrüße Euch herzlich zum zweiten Teil dieser Mai-Sitzung.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Stadtpräsident

Der Stadtpräsident lässt sich für einige Minuten entschuldigen. Er wird bald eintreffen. Wir beginnen trotzdem schon mal.

Änderung Traktandenliste

Das Traktandum 7.12 Auftrag Ursula Rüegg betr. „Schärme zum Warte nachem Poste“ wird zurückgezogen aufgrund der Antwort des Stadtrats.

Das Traktandum 7.4 wird auf Antrag der Fraktion SVP zurückgestellt, wegen Verspätung des Interpellanten.

Vorstösse/Eingang

- Prüfauftrag Finanzkommission betr. Berichterstattung der Stadtverwaltung Olten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 59

Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein freiwerdender Parlamentssitz neu zu besetzen.

Durch den Rücktritt von Thomas Kellerhals ist ein Sitz in «Die Mitte» frei geworden. Darryl Fiechter (Die Mitte) hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber begrüsst Darryl Fiechter. Sie verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Darryl Fiechter legt hierauf mit den Worten „ich gelobe es“ das Gelöbnis ab. Damit ist er vereidigt.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Ich wünsche dir, Darryl Fiechter, hier im Parlament alles Gute.

Mitteilung an:
Herr Darryl Fiechter, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 60

Überparteilicher Auftrag Nico Zila (FDP) und MU betr. Turnhallen während der Schulferien für Oltner Sportvereine öffnen/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 20. September 2023 wurde folgender Auftrag von Nico Zila (FDP) und MU eingereicht:

«Die Auftraggeber/innen laden den Stadtrat ein, eine weitergehende Öffnung der stadteigenen und der durch die Stadt Olten angemieteten Turnhallen in den Schulferien für Oltner Sportvereine zu prüfen.

Begründung:

Die Turnhallen der städtischen Schulhäuser, die Stadthalle sowie die von der Einwohnergemeinde Olten beim Kanton zugemieteten Kapazitäten in der Giroud-Olma-Halle sind zu praktisch allen Benützungszeiten stark belegt. Zahlreiche Oltner Vereine wären daran interessiert, die Hallen auch während der Schulferien für ihre Trainings zu nutzen, zumal in vielen Sportarten auch in diesen Wochen Wettkämpfe stattfinden oder die Ferien eine gute Gelegenheit bieten, um sich intensiv der Nachwuchsförderung zu widmen.

Der Stadtrat hat am 5. Juni 2022 in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage des Erstunterzeichners festgehalten, dass der Bedarf nach Hallenzeit in den Schulferien «bei den zuständigen Verwaltungsinstanzen nicht wirklich wahrnehmbar» sei. In der Zwischenzeit haben die Sportvereine im Rahmen der IG Sport Olten, welcher 36 Oltner Clubs angehören, das Thema weiter diskutiert und die Nachfrage nach Hallenstunden während der Ferienzeit bekräftigt.

Zur Förderung des Breiten- und Leistungssports beauftragen wir den Stadtrat deshalb, die Öffnung mindestens einer Dreifachhallenanlage pro Aareseite während aller Schulferien zu prüfen. So sollten sich auch die nachvollziehbaren Bedürfnisse der Verwaltung (Zeitfenster für Bau- und Reinigungsarbeiten, Ferienbezug der Hauswarte) abdecken lassen.

Selbstverständlich sind die interessierten Vereine an den Zusatzkosten für die Reinigung und die Hauswartung in angemessener Weise zu beteiligen. Der Auftrag ist jedoch so umzusetzen, dass zusätzliche personelle Ressourcen in der Stadtverwaltung nicht erforderlich sind.»

* * *

Stadtrat Nils Löffel und Stadträtin Marion Rauber beantworten den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat hat sich Mitte 2022 mit der Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur Sache bereits geäußert. Mit dem vorliegenden Auftrag wird nun um die Prüfung der Öffnung einer Dreifachturnhalle, auf jeder Aareseite, während allen Schulferien, gebeten. Dies vor dem Hintergrund, dass die Nachfrage nach Hallenstunden während der Ferienzeit, im Rahmen der IG Sport Olten, bekräftigt worden sei.

Der Stadtrat nimmt den entsprechenden Prüfungsauftrag entgegen und wird klären, ob inskünftig mehr Kapazitäten während der Schulferienzeit angeboten werden können. Es kann an dieser Stelle jedoch bereits angemerkt werden, dass den konkreten Gesuchen verschiedener Vereine um eine Ausnahme-Bewilligung zur Benützung der Turnhallen im Säli-Schulhaus während den Herbstferien, zwecks Vorbereitung des bevorstehenden Meisterschaftsbegins, heute schon entsprochen wird. Mit der neuen Dreifach-Turnhalle im Kleinholz werden die Vereine zudem bald von einem nochmals besseren Angebot profitieren werden können. Nach der Inbetriebnahme dieser Neuanlage, werden – zusammen mit der bestehenden (Dreifach-) Stadthalle – dort (auch personell) Voraussetzungen gegeben sein, um während den Schulferien allfällig notwendige zusätzliche Zeitfenster zur Turnhallen-Nutzung zur Verfügung stellen zu können. Die entsprechend möglichen Zeitfenster werden sich jedoch weiterhin nicht über die gesamte Schulferienzeit anbieten, da das eigene Personal auch selbst seine Urlaubstage beziehen muss und im Weiteren der Anspruch unverändert bleibt, die Schulferien auch dazu nutzen zu können, um während dieser Zeit laufend erforderliche bauliche Unterhaltsarbeiten mit externen Firmen vornehmen zu können.

Im Rahmen der Bearbeitung des Prüfungsauftrages wird der Stadtrat im Übrigen auch eine Revision des Gebührenreglements angehen. Dabei sollen u.a. auch besondere Umstände und Einzelfälle – unter Berücksichtigung des Kostendeckungsprinzips – in den Tarifen abgebildet werden. Im Weiteren ist eine Anpassung des Reservationstools, mit verbindlicher Reservierung und Gebührenverrechnung bei kurzfristiger Annullation, vorgesehen. Ferner ist geplant, die Nutzungskonzepte und Platzordnungen von Sportanlagen und Hallen zu überarbeiten.

Gestützt auf die hiervor dargestellten Ausführungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag erheblich zu erklären.

- - - -

Nico Zila, Auftraggeber: Dies ist einer jener Aufträge, welcher - gestern wurde es kurz andiskutiert - eine kleine Anfrage als Vorgeschichte hat. Zu Beginn ging es darum, herauszufinden, wie die Situation in Olten ist, was die Öffnung der Turnhallen in den Sportferien betrifft. Es hat mich gefreut, dass dieser Auftrag Unterzeichner und Unterzeichnerinnen aus fast allen Fraktionen gewinnen konnte und auch die Unterstützung der IG Sport Olten hat, in welcher 36 Oltner Sportvereine vertreten sind und sich für gute Rahmendbedingungen im Sport in der Stadt Olten einsetzt. Das Ziel ist eine kostengünstige, bürgerfreundliche, vor allem sportler- und sportlerinnenfreundliche Umsetzung dieses Anliegens. Ich habe den Auftrags-text, die zweieinhalb Zeilen oben, ganz bewusst kurz und offen formuliert. Es ist ja aktuell unklar, wie die Hallenstrategie in Zukunft ausschauen wird - Stichwort: Giroud Olma, Stadthalle – und wie es dort weitergeht. Ich möchte dem Stadtrat für die positive Aufnahme dieses Anliegens danken. Ich wurde bereits für die ausführliche Begründung kritisiert, die natürlich inhaltlich nicht auf der Linie von allen ist, dass man Wünsche eines Prüfauftrags auch aufnimmt. Es geht wirklich darum, dieses Anliegen, das durch die IG Sport und offenbar auch ganz vielen von uns, getragen wird, unbürokratisch umzusetzen. Ich kann vielleicht noch ein Wort zur Gebührenrevision vorwegnehmen. Ich durfte dort in der Arbeitsgruppe mitarbeiten. Diese Woche wurde die Vernehmlassung eröffnet. Aus Sicht der Sportvereine wurde dort ein wichtiger Aspekt aufgenommen, nämlich eine Stornierungsgebühr. Es ist stossend, dass die

knapp ressourcierten Sportplätze drinnen und draussen, es geht nicht nur um die Hallen, nicht genützt werden, wenn sie reserviert sind. Bis jetzt hatte die Stadt Olten keine Handhabung, um in solchen Fällen eine Gebühr zu verlangen. Man hätte fehlbare Vereine in Zukunft höchstens von der Miete ausschliessen können. Aber das ist doch ein ziemlich drakonischer Schritt. Ebenfalls im Raum steht, dass es ein Nutzerreglement geben soll, dies auch im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Dreifachhalle im Schulhaus Kleinholz kommenden Sommer. Auch das ist sicher im Interesse jener Sportlerinnen und Sportler, die einen geregelten Betrieb wollen und die Infrastruktur der Stadt gut und sinnvoll nutzen wollen. In diesem Sinn besten Dank für die Unterstützung.

Stadträtin Marion Rauber: Nils Loeffel und ich haben diesen Vorstoss gemeinsam beantwortet. Ich erlaube mir erst noch ein paar Bemerkungen von Seite Baudirektion. Es ist so, dass wir für dieses Anliegen von dir, Nico und den Mitunterzeichnenden und auch von den Sportvereinen natürlich eigentlich ein offenes Ohr haben. Wir bieten gerne Hand, wenn es unsere personellen Ressourcen erlauben. Dies machen wir bereits heute. Also, wir haben bereits heute sehr viele Ausnahmeregelungen, bei welchen wir schauen, dass wir möglichst viel ermöglichen können. Aktuell ist dies vor allem in der Stadthalle sichergestellt, denn dort haben wir ein interdisziplinäres Team, das sich dort untereinander absprechen kann, und in diesem Sinn sind wir dort natürlich viel flexibler. Bei den Schulanlagen gibt es ein bisschen eine andere Ausgangssituation, denn dort haben wir den Hauswart, der meistens alleine vor Ort ist. Also, das ist eine Person. Das Reinigungspersonal wird nur nach Bedarf beigezogen, in der Stadthalle ist das anders. In der neuen Dreifachhalle, du hast es angesprochen, Nico, wird diesem Anliegen natürlich auch entsprochen werden können. Eben genau, weil wir dort das Team wieder erweitert konnten, indem ihr uns die zusätzliche Stelle des Platzwarts genehmigt habt. Dort werden wir es mit den Ferienzeiten auch viel flexibler handhaben können. Entsprechend nehmen wir diesen Prüfungsauftrag gerne entgegen. Wir sind auch bereit, die Situation jederzeit zu optimieren. Ich würde nun noch gerne Nils Loeffel das Wort geben, um mich zu ergänzen. Er ist ja vor allem für die ganzen Reservationen zuständig, was über die Direktion Bildung und Sport läuft.

Stadtrat Nils Loeffel: Auch von meiner Seite herzlichen Dank fürs Einreichen dieses Auftrags. Nico, ich denke, es ist ein Anliegen, das uns nicht unbekannt war, als du damit ankamst. Die Vereine, und vor allem auch die IG Sport, haben bereits mehrfach signalisiert, dass es einen Bedarf gibt. Er ist Stand heute immer noch nicht ganz so gut eruiert, wie viel oder wie gross der Bedarf effektiv ist. Dies ist wirklich noch schwierig. Es gibt auch Vereine, die während den Ferien tatsächlich Pause machen. Es gibt aber Vereine, die tatsächlich die Möglichkeit haben müssen, sich auf die Meisterschaft vorbereiten zu können. Dort konnten wir zum Teil bereits einzelne Lösungen finden. Im Sälischulhaus beispielsweise hat der SV Olten die Möglichkeit im Rahmen ihrer Volleyball-Meisterschaftsvorbereitung regelmässig zu trainieren. Auch in den Herbstferien. Bis jetzt konnte und wollte man in Einzelfällen Hand bieten. Wir haben sicher, wie es Marion Rauber schon gesagt hat, eine gute Ausgangslage, dass wir ab nächstem Sommer mit der Dreifachhalle Kleinholz, welche anders betrieben wird als die bestehenden Schulturnhallen, mehr Kapazität auch in den Ferien schaffen können. Wir werden in erster Linie sicher schauen, ob wir den existierenden Bedarf mit dieser Halle abdecken können und erst in einem zweiten Schritt an den anderen Orten schauen, inwiefern wir die anderen Hallen am Wochenende respektive in den Ferien öffnen müssten. Ein wichtiger Punkt von unserer Seite, der Direktion Bildung und Sport, ist das, was du schon erwähnt hast: Wir haben das Thema, dass Vereine zum Teil gefühlt über mehrere Jahre hinaus im Reservationssystem Termine reservieren, die dann blockiert sind und von unserer Seite nicht eingeschätzt werden können, ob sie fix reserviert oder provisorisch sind. Und zum Teil wird vergessen, dass man die Reservationen wieder rausnimmt. Hier sind wir sicher froh, wenn wir mit der Anpassung der Gebührenordnung ein Instrument in die Hand erhalten, dass wir dort ab einem gewissen Zeitpunkt Stornierungsgebühren verlangen können. Einfach, um dort auch einen besseren Überblick zu haben, welche Kapazitäten auf diesen Anlagen überhaupt noch vorhanden sind und welche nicht. Gleichzeitig haben wir auch das Thema, dass wir sicherlich Kapazität verlieren, weil wir von den Zeiten her bis jetzt sehr unterschiedliche Buchungen dieser Hallen hatten. Bis Viertel nach, bis Halbi, bis Viertel vor, und wir auch dort, wie erwähnt, mit

Nutzungsreglementen, mit gewissen Richtlinien für Reservationen diese Kapazitäten optimal ausschöpfen wollen, indem wir den Vereinen etwas mehr fixe Zeitfenster vorgeben, wann reserviert werden kann, und diese Slots entsprechend zur Verfügung stehen. Dies sind Massnahmen, welche wir aktuell prüfen und erarbeiten, um die Situation für die Vereine grundsätzlich zu verbessern. In den Ferien ist es, wie gesagt, vor allem die Hoffnung, dass wir mit der Dreifachhalle Kleinholz eine bessere Situation generieren können.

Beat Bachmann, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Besten Dank, Nico Zila, für diesen Auftrag und dem Stadtrat für die positive Antwort. Die Fraktion Mitte/GLP/EVP unterstützt diese Idee. Wir begrüssen, dass den Sportvereinen die Möglichkeit gegeben werden soll, auch in den Ferien die Turnhalle nutzen zu können. Gerade im Winterhalbjahr kann dies den verschiedenen Sportvereinen einen grossen Dienst erweisen. Wir können unsere gute Infrastruktur noch vermehrt nutzen, wenn die Hallen leer stehen, und unterstützen damit auch die Sport- und Gesundheitsförderung der Stadt. Gerade auch für Jugendliche und junge Erwachsene. Dass sich die Vereine an den Zusatzkosten beteiligen sollen und nicht alles über die Verwaltung und die städtischen Mitarbeiter läuft, begrüsst die Fraktion. Aus diesen Gründen wird die Fraktion Mitte/GLP/EVP diesen Prüfauftrag unterstützen und hofft, dass er bald umgesetzt werden kann.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO unterstützt das Anliegen dieses überparteilichen Auftrags. Viele Sportvereine, die auf die Turnhallen angewiesen sind, können während den Schulferien keine Trainings durchführen. Für alle Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind, ist das ärgerlich und für die Vereine hinderlich, um einen durchgehenden Trainingsbetrieb aufrechtzuerhalten. Uns ist bewusst, dass der Unterhalt von Turnhallen aufwändig ist, und dass das Abwartspersonal auch mal Ferien benötigt. Es kann natürlich gut sein, dass die bestehenden Ressourcen nicht reichen, um einen durchgehenden Betrieb zu ermöglichen. Wir finden aber, dass es möglich sein sollte, dass wir unsere Turnhallen zukünftig durchgehend für die Vereine zugänglich machen können. Es wollen sich nicht alle nach den Schulferien richten und möchten auch während dieser Zeit ihrem Vereinsleben nachgehen. Gerade auch, wenn man bedenkt, dass wir zukünftig noch ein breiteres Angebot haben, sollte dies unser Anspruch als Stadt sein. Ich spiele jeweils in einem Unihockeyverein in der Bifanghalle und es ist bei uns immer wieder ein Thema, dass die Halle so lange geschlossen ist. Es ist sicher verständlich, wenn die Hallen an Feiertagen geschlossen bleiben, aber dass sie während den 13 Wochen Sommerferien zu sind, erschliesst sich uns nicht. Es sollte doch möglich sein. Zum Abschluss möchte ich betonen, dass es für die Vereine wirklich ein Mehrwert wäre, wenn die Hallen länger geöffnet wären und dass es aus unserer Sicht ein vertretbarer Mehraufwand ist. Sollte die Prüfung ergeben, dass es mehr Ressourcen benötigt, wären wir sicher bereit, dies zu unterstützen.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Auch bei uns, der SVP, war dieses Geschäft weitgehend unbestritten. Ich kenne ein bisschen die Geschichte dieser Thematik, da ich ein Teil des Vorstands der IG Sport bin. Ich habe schon ein bisschen das Gefühl, dass hier der Stadtrat ein bisschen eine Neuinterpretation gemacht hat. Wenn man die kleine Anfrage durchliest, hat man eher das Gefühl, dass der Stadtrat negativ gestimmt war. Aber eben, es freut uns sehr, dass man nun zum Schluss gekommen ist, dass er es gerne zur Verfügung stellen möchte. Für die SVP ist jedoch klar, dass man hier keine Überkapazitäten schaffen will. Es muss schon eine Nachfrage vorhanden sein und jetzt soll man mal schauen, was passiert, mit dieser Öffnung. Und wenn die Nachfrage da ist, ist sie da. Aber nicht, dass die Abwarte auf Abruf parat sein müssen und die Halle wird nicht einmal benutzt. Und nun auch hier ist wieder das Thema der Schliesssysteme. Man könnte es viel einfacher lösen, wenn man ein modernes Schliesssystem hätte. Viele Gemeinden haben dies bereits oder haben ein System, das funktioniert. Und so müsste man nicht immer einen Abwart haben, der dann gerade parat ist. Die SVP wird diesem Auftrag ebenfalls zustimmen.

Luc Nünlist Fraktion SP/JSP: Danke, Nico, fürs Anstossen dieses wichtigen Anliegens. Ich spreche in dieser Angelegenheit einerseits als Fraktionssprecher und andererseits auch als Präsident des Mitgliedvereins der IG Sport. In unserem Fall haben wir einen Wettkampfbetrieb

von September bis April. Während dieser Zeit ist die Halle zuweilen während fast neun Wochen geschlossen. Vor zwei Wochen übrigens ist unsere Mannschaft in die 1. Liga aufgestiegen. Wir sind dankbar. Für uns ist es sehr wichtig, dass wir die Halle während dieser Zeit nutzen können. Auch während den Schulferien. Die Abwicklung ist administrativ etwas aufwändig. Man muss jedes Mal neu beantragen. Und im Moment haben wir ausgerechnet, sind die Kosten zweieinhalb Mal so hoch für die Benutzung während den Herbstferien, wie für den ganzen Rest der Saison. In dieser Hinsicht haben wir mit Bestimmtheit ein Update im Gebührenreglement vor uns. Die Fraktion SP/JSP befürwortet grundsätzlich die niederschwellige Bereitstellung von städtischer Infrastruktur als Teil des Service Public. Und namentlich die Sportinfrastruktur möglichst breit zugänglich zu machen, ist uns ein grosses Anliegen. Eine kleine Präzisierung ist aber aus unserer Sicht wichtig. Der Auftragstext und die Begründung unterscheiden sich in einem Punkt. In der Begründung ist die Forderung vermerkt, dass ohne zusätzliche Ressourcen diese Leistung erbracht werden muss. Und damit sind wir nicht ganz einverstanden. Dass eine zusätzliche Leistung ohne die entsprechenden Ressourcen geleistet werden muss, widerspricht für uns ein bisschen. Sportanlagen sind aus unserer Sicht Teil des Service Public und wir wünschen uns, dass hier auf die Wünsche und Bedürfnisse der Vereine Rücksicht genommen wird. Sollte eine Bewirtschaftung entsprechende Ressourcen benötigen, kann dies nicht in der Freizeit der Hauswarte passieren, sondern die Ressourcen müssen geschaffen werden und wir haben die Mittel, dies entsprechend zu machen. Wir würden sicherlich Hand bieten. An dieser Stelle auch ein Dank an die Direktion Bildung und Sport, welche im Rahmen der Vernehmlassung den Vereinen entsprechend ein Mitspracherecht eingeräumt hat, bei der neuen Halle mitzureden und wie die Gestaltung aussieht. Hier ist man eigentlich vorbildlich vorgegangen. Und dass im Rahmen der aktuellen Engpässe in der Direktion mit etwas Verzögerung gerechnet werden muss und man dafür Verständnis aufbringt, ist auch wichtig.

Seu-Jhing Tang, Fraktion OJ: Auch wir möchten uns bei Nico für diesen Prüfungsauftrag bedanken. Auch wir werden diesen einstimmig für erheblich erklären. Der Bedarf ist offensichtlich vorhanden und entsprechend sollte man es wirklich prüfen lassen. Wie bereits von den Grünen und meinem Vorredner erwähnt, sind auch wir beim Punkt der zusätzlichen Ressourcen nicht ganz einverstanden. Auch wir sind der Ansicht, dass man nach dem Prüfauftrag erst mal schaut, inwiefern es umgesetzt werden könnte, und sollte der Bedarf an zusätzlichen Ressourcen gegeben sein, würden wir dies natürlich auch unterstützen.

Beschluss

Einstimmig wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 61

Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Immobilienmanagement Olten/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 20. September 2023 wurde eine Anfrage von Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Die Stadt Olten besitzt diverse Immobilien. Einerseits die im Verwaltungsvermögen angesiedelten «für die öffentliche Aufgabe nötigen» Immobilien, andererseits auch Immobilien in der Innenstadt, sowie ausserhalb der Innenstadt. Inwiefern die Stadtverwaltung eine Immobilienverwaltungsaufgabe hat, wird politisch unterschiedlich betrachtet. Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe der Stadt, mit Steuergeldern Immobilien zu bewirtschaften oder gar damit zu spekulieren, andererseits – und so reicht ein Blick nach Zürich oder andere florierende Städte – beweist ein sinnvolles städtisches Immobilienmanagement, dass dies durchaus zur positiven Entwicklung (und der Finanzentwicklung) einer Stadt beitragen kann. Bereits gab es diverse Anfragen und Forderungen betreffend dieser Immobilienstrategie im Oltnen Gemeinderat.

1. Welche Strategie vertritt der Stadtrat?
2. Was befindet sich im Immobilienportfolio der Stadt mit der Bitte um das Angeben des Werts, Grösse, Zweck und - wo vorhanden - Einnahmen?
3. Kann man abschätzen (lassen?), ob ein «Immobilienmanager» durch Intensivierung der Pflege des Immobilienportfolios profitabel sein würde (salopp ausgedrückt: könnte er mehr reinholen als er kostet) und welche Kompetenzen bräuchte dies?
4. Falls die Stadt ausserhalb der Innenstadt Immobilien betreibt, könnten diese durch überlegtes Veräussern abgestossen werden? Wäre es sinnvoll, im gleichen Zug im innerstädtischen Gebiet Zukäufe zu tätigen?
5. Verschiedene Gebiete, insbesondere die Innenstadt, sind besetzt durch «unerwünschte» Betreiber (zweifelhafte Imbiss Buden, repräsentative Liegenschaften als Visitenkarten am Stadteingang, Barbershops, Lokale, «Hotels», Sexgewerbe, etc.). Für den Stadtrat bestehen Vorgaben, unter welchen Umständen Immobilien erworben werden können. Haben Städte, die eine höhere Attraktivität (vgl. zum Beispiel Immobilienpreise) aufweisen, andere Möglichkeiten?»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Ziel einer Immobilienstrategie ist die Sicherstellung eines nutzungsgerechten und nachhaltigen Immobilienbestandes für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben. Sie definiert die Art und Weise der Bereitstellung, Erhaltung und Bewirtschaftung des kommunalen Immobilienportfolios im Verwaltungs- und Finanzvermögen.

1. Welche Strategie vertritt der Stadtrat?

Der Stadtrat hat seine Strategie in der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken» vom 12. Juli 2004 festgehalten. Gemäss dieser wird eine aktive, systematische und nachhaltige Liegenschaftspolitik angestrebt, welche auf die finanziellen Möglichkeiten ausgerichtet ist. Der Stadtrat engagiert sich daher im Bereich der Immobilien insbesondere zur Sicherung von Liegenschaften zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, zur Förderung der im übergeordneten öffentlichen Interesse stehenden aktiven Stadtentwicklung und zur sinnvollen Arrondierung der stadteigenen Grundstücke damit bessere Überbaumöglichkeiten erzielt werden können. Der Stadtrat verfolgt im Weiteren folgende Ziele im Umgang mit den Immobilien:

- Die Immobilien werden auf die zukünftigen Bedürfnisse der Nutzenden ausgerichtet.
- Die bauliche Infrastruktur wird auf tiefe Lebenszykluskosten ausgelegt.
- Die Nutzung und Belegung der bestehenden baulichen Infrastruktur wird effizient gestaltet.
- Es erfolgt eine Priorisierung der optimalen Nutzung im Bestand entsprechend dem städtischen Auftrag und der finanziellen Ressourcen.
- Der Umgang mit den Immobilien berücksichtigt den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und Rohstoffen.
- Durch verbesserte Energieeffizienz sowie Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien und optimierter Materialeinsatz wird eine Reduktion des CO₂-Ausstosses angestrebt.
- Die Verantwortung im Stadtraum wird durch die Förderung der städtebaulichen und architektonischen Qualitäten, den vorbildlichen Umgang mit dem Freiraum und durch den sorgfältigen Umgang mit dem Ortsbildschutz und den denkmalgeschützten Bauten wahrgenommen.

2. Was befindet sich im Immobilienportfolio der Stadt mit der Bitte um das Angeben des Werts, Grösse, Zweck und – wo vorhanden – Einnahmen?

Die Stadt besitzt 140 Liegenschaften mit einem Gebäudeversicherungswert von 330 Mio. Franken. Der Ertrag der Liegenschaften im Finanzvermögen beträgt 2.3 Mio. Franken pro Jahr. Das heterogene Immobilienportfolio umfasst neben dem klassischen Kernbestand wie z. B. Stadthaus, Werkhof, Schulhäuser, Feuerwehr- und Zivilschutzbauten auch Sport- und Kulturbauten (Stadthalle, Stadttheater, Museen, Bibliothek), Infrastrukturbauten (Bushalteunterstand, WC-Anlagen, Buvetten) und Liegenschaften im Finanzvermögen (Mehrfamilienhäuser, Gewerbeliegenschaften). Das Verzeichnis der Liegenschaften im Finanzvermögen und deren Bilanzwerte wird jährlich publiziert und ist z. B. auf den Seiten 54 und 55 der Jahresrechnung 2022 einsehbar.

3. *Kann man abschätzen (lassen?), ob ein «Immobilienmanager» durch Intensivierung der Pflege des Immobilienportfolios profitabel sein würde (salopp ausgedrückt: könnte er mehr reinholen als er kostet) und welche Kompetenzen bräuchte dies?*

Es ist betriebswirtschaftlich sinnvoll, genügend Ressourcen für ein aktives Immobilienmanagement vorzusehen, da Entscheide über den Umgang mit Immobilien immer bedeutende und langfristige finanzielle Konsequenzen haben. Gefragte Kompetenzen sind einschlägige Erfahrungen im Immobilienbereich und eine entsprechende Aus- und Weiterbildung (CUREM, SVIT, MAS-Immobilienmanagement).

Die Stadt Olten entwickelt, unterhält und bewirtschaftet die Liegenschaften im Vergleich mit gleichgrossen Gemeinden mit deutlich weniger Ressourcen. So weist z. B. die Stadt Aarau explizit eine Sektion Portfoliomanagement aus, welche die Eigentümerrolle einnimmt und das Immobilienportfolio mittels Mess- und Steuerungsgrössen aktiv nach definierten Zielen (Immobilienstrategie) steuert.

4. *Falls die Stadt ausserhalb der Innenstadt Immobilien betreibt, könnten diese durch überlegtes Veräussern abgestossen werden? Wäre es sinnvoll, im gleichen Zug im innerstädtischen Gebiet Zukäufe zu tätigen?*

Die Hochbauten im Finanzvermögen liegen in der Regel in der Innenstadt. Ausserhalb der Innenstadt zeigt sich das städtische Immobilienportfolio insbesondere in der Form von Schulanlagen, Infrastrukturbauten und Grundstücke. Sofern eine Liegenschaft in der Innenstadt zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben dienen kann oder der Erwerb im Sinne einer aktiven Stadtentwicklung oder zur Arrondierung zweckmässig ist, kann ein Kauf erfolgen. Die direkte Verknüpfung von Kauf und Verkauf ist in der Richtlinie von 2004 nicht vorgesehen und macht auch keinen Sinn, da sich das Vermögen der Stadt bei einem Immobilienkauf nicht verändert.

5. *Verschiedene Gebiete, insbesondere die Innenstadt, sind besetzt durch «unerwünschte» Betreiber (zweifelhafte Imbiss Buden, repräsentative Liegenschaften als Visitenkarten am Stadteingang, Barbershops, Lokale, «Hotels», Sexgewerbe, etc.). Für den Stadtrat bestehen Vorgaben, unter welchen Umständen Immobilien erworben werden können. Haben Städte, die eine höhere Attraktivität (vgl. zum Beispiel Immobilienpreise) aufweisen, andere Möglichkeiten?»*

Der Stadtrat kann im Sinne einer aktiven Stadtentwicklung eine aktive Liegenschaftspolitik betreiben. Es ist damit jedoch nie möglich, bestimmte Gewerbeangebote vollständig zu verdrängen, da die Innenstadt aus einer Vielzahl an Bauten besteht. Dies ist auch rechtlich nicht möglich, gilt doch die Handels- und Gewerbefreiheit. Eine beschränkte Steuerung in Bezug auf die Anordnung im Siedlungsgebiet ist mittels Zonenordnung möglich. Dienstleistungen und Angebote mit geringer Wertschöpfung suchen günstigere Räumlichkeiten. Daher findet man solche Angebote in Städten mit höherer Attraktivität resp. Liegenschaftswerten eher an peripheren Lagen.

- - - -

Philippe Ruf, Auftraggeber: Vielen Dank fürs Verschieben. Ich war es mir gar nicht bewusst. Sehr freundlich, danke. Und Entschuldigung für die Verspätung. Danke fürs Beantworten der Interpellation zum Immobilienmanagement. Meiner Meinung nach hat es zwar nützliche Informationen dazu gegeben, die Fragen wurden jedoch nicht beantwortet. Beispielsweise bei Frage 3 stelle ich eine Frage: «Würde es Sinn machen...?», und es kommt eine Antwort, welche aber keine Antwort auf diese Frage gibt. Das ist relativ offensichtlich. Das finde ich etwas schade. Entsprechend danke ich für die Informationen, die es zusätzlich gab, aber ich glaube, die Fragen, die mich interessiert hätten, bleiben immer noch offen. Mein Lieblingsbeispiel, eine der schönsten Städte, nicht nur der Schweiz, meiner Meinung nach sogar von der ganzen Welt, ist die Stadt Zürich. Die Stadt Zürich hat etwas sensationell gemacht. Sie hat

aktiv ins innerstädtische Immobilienmanagement eingegriffen. Wir haben beispielsweise ein Niederdorf, wo kein Mensch mehr die Miete zahlen könnte, wenn es in privaten Händen wäre. Der Stadt Zürich gehört über 40% des Niederdorfs und daher ist dieses Niederdorf so attraktiv. Sie sagen, wir holen in den 1., 2. Stock aufwärts gute Steuerzahler rein, vermieten es an solche, welche die hohen Zinsen bezahlen können, wie Versicherungen, Büro, Anwälte etc. Aber unten kommen diese heutzutage coolen Concept Stores etc. rein, was ich auch wirklich gut finde. Und das führt zur Belebung der Innenstadt. Ich glaube, in Zürich kann man dies mitverfolgen, wie in kaum einer anderen Stadt, wie genial dies geregelt wird. Aber in einer solch florierenden Stadt ist das natürlich auch einfacher und auch, weil man dort von Anfang an eingegriffen hat. Das Gegenteil sehe ich eigentlich in Olten. In Olten haben wir die zum Teil besten Liegenschaften an zentralster Lage, welche an Private verkauft wurden, und dort haben wir nun Kebap-Stände, wir haben ein zwiespältiges Hotel, das uns seit 15 Jahren begleitet, wir haben diese spannenden Barbershops (auf welche wir vielleicht auch noch zu sprechen kommen), wir haben diverse Problemgebäude und die Stadt profitiert so nicht wirklich von Attraktivität. Ich bin hier auch nicht immer auf der Parteilinie, wenn ich sage, innerstädtische Liegenschaften müssen unter Umständen von der Stadt entwickelt werden. Das ist mir absolut bewusst. Aber ich glaube, der Blick in attraktivere Städte, und ich glaube, man darf sagen, dass es attraktivere Städte gibt, zeigt, dass diese solche Thematiken besser aufgegriffen haben. Entsprechend ist auch meine Anfrage. Wenn man dies gezielt so steuern könnte, könnte man die Investitionen, wie beispielsweise die Stelle eines Immobilienmanagers, entsprechend wieder rausholen. Und diese Frage wird hier nicht beantwortet. Es gibt auch kein Rechenbeispiel, es gibt keine Möglichkeiten, dass man sich auf ein anders Beispiel stützen könnte, aber es gibt zusätzliche Informationen. Ich möchte nicht schlechtreden, dass sich hier jemand Mühe gegeben hat, Informationen zu geben. Aber wir haben keine Antwort auf die Frage, ob es diese Überlegung gäbe. Man kann auch nirgends die Antwort finden, sie wüssten es nicht. Das wäre ja auch eine Antwort, dass man es abklären lassen müsste. Es wäre eine Antwort. Das fehlt. Ich glaube, daher kann man gar nicht viel sagen, als dass ich euch erzähle, was eigentlich meine Gedanken und meine Intentionen waren für diese Interpellation. Ich glaube, dort kann die Stadt Olten definitiv noch Veränderungen herbeiführen. Wir haben ein grosses Immobilien-Portfolio, aber nicht an den strategischen Punkten. Ich glaube, da kann man effektiv einwirken, dass man auch sagen kann, wo man in weniger relevanten, weniger innerstädtischen Bereichen etwas abstossen kann und dafür innerstädtisch etwas dazuholt. Dass dies nicht immer in einem 1:1-Ersatz möglich ist, ist mir absolut bewusst. Und es ist mir auch bewusst, dass man nicht einfach in die Handelsfreiheit eingreifen kann. Das sind absolut korrekte Punkte, welche in dieser Antwort genannt werden. Aber, was mir fehlt, ist effektiv die Strategie und auch die Abklärung, ob es eine Möglichkeit gäbe, dies langfristig zu entwickeln. Denn wir mussten feststellen und ich denke, da sind wir uns einig, dass wir es Stand heute nicht haben und es sich in den letzten Jahren sicherlich auch nicht verbessert hat.

Stadträtin Marion Rauber: Ich gehe ausnahmsweise mit Philippe wirklich einig, bei dem, was er ausgeführt hat. Es ist so, dass die Stadt Olten natürlich ein ganz anderes Immobilienmanagement hat als beispielsweise Zürich. Und ich habe vor über einem Jahr in einer Debatte Zürich als Beispiel genannt, als ich gesagt habe, dass Zürich einen grossen Prozentsatz der Liegenschaften in eigener Hand hat und in eigener Hand bewirtschaftet. Bei uns ist es so, dass wir uns eigentlich an den Richtlinien, die wir in Punkt 1 aufgeführt haben, orientieren. Das sind unsere Richtlinien, wie wir bei Kauf und Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken vorgehen. Weiter können wir nicht gehen, weil uns die Ressourcen definitiv fehlen. Und vielleicht waren wir auch etwas irritiert, dass diese Frage von dir kam, Philippe, und daher hat man es vielleicht etwas vorsichtig beantwortet. Aber definitiv könnte man mit mehr Ressourcen mehr herausholen. Das ist definitiv so.

Christine von Arx, Fraktion SP/JSP: Ich kann mich gleich an das von Marion anschliessen. Uns hat diese Interpellation sehr gefreut. Philippe Ruf postuliert hier Thesen, die wir schon lange vertreten. Nämlich, dass ein sinnvolles Immobilienmanagement der Stadtentwicklung dient, weil es vorgeben kann, wie, was im öffentlichen Interesse genutzt wird. Es ist dann auch möglich, dass Nutzungen nicht nur rein nach der Logik des Marktes folgen. Weiter werden in

der Interpellation Zukäufe in der Innenstadt gefordert. Das ist ja genau das, was wir schon seit Langem fordern und uns auch konsequent gegen jeden Verkauf von städtischen Liegenschaften wehren. Die Frage 5 zeigt, dass sogar Hardcore-Vertreter einer ungezügelter Marktwirtschaft davon ausgehen, dass es erwünschtes und unerwünschtes Gewerbe gibt. Das hätten wir eigentlich nicht besser formulieren können. Wir haben hier bei gewissen Auswüchsen der Marktwirtschaft bekanntlich immer gewisse Fragezeichen. Herzlichen Dank für euren Meinungsumschwung. Wir gehen davon aus, dass unsere Forderungen nach einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch ein Immobilienmanagement zukünftig von euch unterstützt wird. Ein erstes Beispiel wäre, dass man nicht mehr über den Verkauf der Liegenschaften Marktgasse 8 und 10 diskutieren müsste.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Wir danken Philippe ebenfalls für die Interpellation, weil sie doch einige Punkte aufnimmt, die auf die eine oder andere Art bereits in den Debatten hier im Rat gefallen sind. Ebenfalls danken wir dem Stadtrat für diese, ja, nicht ultralange, aber aus unserer Sicht zumindest überwiegend präzise Beantwortung der Fragen. Das ist vielleicht wenig überraschend, aber wir würden es sehr begrüßen, wenn genau die genannte, aktive Liegenschaftspolitik noch intensiver praktiziert wird und würden allenfalls auch Hand bieten für eine entsprechende Aufstockung der benötigten Ressourcen, wie wir es gerade zuvor von der Stadträtin gehört haben. Gerade weil eine aktive Wohn- und Liegenschaftspolitik durch die Stadt nur dann Hand und Fuss hat, wenn man auch genügend Liegenschaften besitzt, würden wir uns mit Vehemenz gegen einen Kauf-/Verkaufsmechanismus wenden, wie er zumindest sanft in der Interpellation erwähnt wurde. Es kann tatsächlich sein, dass gewisse Liegenschaften aktuell noch sehr uninteressant wirken, aber allenfalls in Zukunft noch nützlich werden. Ganz abgesehen davon, dass dank dieser Interpellation wieder einmal klar wurde, dass die Stadt nicht Unmengen an versteckten Immobilien hat, die man locker, flockig mit grossem Gewinn veräussern könnte. In diesem Sinn noch einmal Danke für diesen Vorstoss, für die Debatte und die Ausführungen.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Die Beantwortung der Fragen vom Interpellanten erscheint auch uns schlüssig und nachvollziehbar. Merci Stadtrat. Wir waren etwas verwundert, dass von bürgerlicher Seite gefordert wurde, dass sich die Stadt in den freien Markt und in die Gewerbefreiheit einmischen soll, um gewisse Angebote von der Innenstadt zu verdrängen oder bzw. die Innenstadt aufzuwerten. Dieser hochgelobte freie Markt scheint also doch nicht so unantastbar zu sein, wie es hier im Saal sonst behauptet wird und es weckt den Anschein, dass die eigenen Empfindsamkeiten plötzlich wichtiger sind als die unsichtbare Hand, die doch sonst alles so gut richtet. Aber auch wir freuen uns grundsätzlich über diesen Vorstoss und hoffen, dass wir hier in die richtige Richtung gehen.

Nico Zila, Fraktion FDP: Die FDP bedankt sich beim Interpellanten für seinen Fragekatalog. Wir teilen nicht ganz die Euphorie über die Erkenntnis der Antworten. Vieles war bereits im Voraus bekannt. So ist eigentlich uns allen klar, dass das Immobilien-Portfolio der Stadt Olten nicht nur relativ zufällig zusammengewürfelt wirkt, sondern auch historisch so gewachsen ist. Wenn der Interpellant eine Strategie im Kopf hat, wie man es arrondieren oder optimieren könnte, dann kann man mit uns sicherlich darüber reden. In diesem Sinn wenig Neues und etwas viel warme Luft. Wir freuen uns auf konkrete Ideen, was die Immobilienstrategie der Stadt Olten betrifft.

Philippe Ruf (SVP): Es tut mir leid, wenn es jetzt ein bisschen in die Polemik abgedriftet ist. Ich werde darauf nicht eingehen können. Aber ich werde mir Mühe geben, wirklich auf die verschiedenen Statements einzugehen, welche ich wichtig fand. Christine, zu dem, was du sagst: Ich glaube, wir müssen nicht kategorisch ausschliessen, dass wir vom Immobilien-Portfolio Sachen veräussern. Ich glaube, wir müssen uns wirklich sinnvoll fragen, was für die Stadt zweckdienlich ist. Und ich glaube, da haben wir durchaus noch Potential von Immobilien, die in unserem Besitz sind und wir nicht für die Erfüllung der Stadtaufgabe nehmen. Und das ist durchaus auch immer die Frage. Ich glaube, eine berechtigte Frage ist: Was ist die Aufgabe der Stadt? Es ist nicht, mit Immobilien zu spekulieren. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Ich glaube, als Stadt findet man sich immer in diesem Zwist. Ich glaube auch, dass hier die

Stadt keinesfalls in eine Gewerbefreiheit eindringen würde. Ich glaube, wenn die Stadt als potentielle Käuferin für eine freiwerdende Liegenschaft auftritt, haben alle Privaten auch die Möglichkeit, dageganzubieten. Ich denke, man muss nicht mit einer Polemik beginnen, von wegen Eingriff in die Marktwirtschaft. Das sehe ich keineswegs so. Ich glaube, womit wir beginnen müssen, und da biete sogar ich Hand, ist, zu unterstützen, wenn wir jemanden hätten und wir sagen könnten, wir investieren so viel Geld in jemanden, der das proaktiv macht, sehen aber, dass er so und so viel herausholt und ich behaupte, dies kann man auch belegen und ausrechnen. Dann macht die Stadt am Schluss sogar ein Plus. Und da wird wohl niemand in diesem Saal dagegen sein. Aber ich glaube, dass wir nun abdriften und sagen, okay, wir schliessen kategorisch aus, dass irgendetwas verkauft wird oder dass etwas gekauft wird. Das wäre meiner Meinung nach ein völlig falscher Weg. Und genau darauf zielt diese Frage ab. Würde es Sinn machen, wenn es jemand professionell angeht?

Nico Zila (FDP): Ich möchte als Einzelsprecher vom Skript abweichen. Das ist manchmal ein bisschen überholt. Ich denke, wir dürfen die Diskussion über die ideale Gestaltung unserer Innenstadt, oder wie wir uns vorstellen, was ein belebtes Olten ausmacht, nicht zu einer theoretischen Kapitalismuskussion werden lassen. Das Parlament hat Hand geboten, inklusive FDP-Fraktion, die Stelle eines City-Mangers zu schaffen. Die wurde besetzt. Ich gratuliere Beni Pipa und wünsche viel Erfolg für diese neue Aufgabe. Wir erhoffen uns beispielsweise von einer solchen Initiative - von welcher man sagen könnte, es wäre staatliche Lenkung, aber das hat nichts damit zu tun -, eine Aufwertung der Innenstadt und sind in diesem Sinn offen und ohne Scheuklappen in diesen Fragen unterwegs.

Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte): Ich wollte nur noch kurz meine Verwunderung ausdrücken, dass offenbar die Beantwortung des Stadtrats davon abhängig ist, wer die Fragen stellt. Auch wenn ehrlich geantwortet wurde und das gut ist, finde ich es persönlich nicht gut und ich finde, man sollte den Anspruch haben, die Fragen möglichst gut und sachlich und informativ zu beantworten, unabhängig davon, welches Parlamentsmitglied von welcher Partei es vorbringt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 62

Überparteilicher Auftrag Fraktionen Grüne/Junge Grüne, SP/Junge SP und Olten jetzt! betr. Soziokulturelles Angebot für Kinder und Jugendliche

Am 25. Mai 2023 haben die Fraktionen Grüne/JG, SP/JSP und OJ! folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat ist wie folgt zu **beauftragen**:

- Der Stadtrat sorgt dafür, dass die Stadt Olten eine Gesamtschau der bestehenden niederschweligen, unentgeltlichen soziokulturellen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in Olten vornimmt.
- Der Stadtrat schafft die notwendigen Voraussetzungen, damit die Stadt Olten wo nötig einen Ausbau oder Aufbau solcher Angebote verfügt.

Begründung

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche fördern die Entwicklung wichtiger Lebenskompetenzen, ein gesundes Aufwachsen und die gesellschaftliche Integration. Besonders auf der rechten Stadtseite besteht für solche Angebote erhöhter Bedarf. Viele Familien leben in beengten Wohnverhältnissen und verfügen über geringe finanzielle Möglichkeiten.

Die hohe Nutzung der öffentlich zugänglichen Infrastruktur der Schulhäuser Bifang und Säli an freien Nachmittagen, an Wochenenden und während den Ferien, zeigt den grossen Bedarf an Spiel- und Aktionsräumen. Verschiedene bestehende Freizeitangebote sind nicht das ganze Jahr über verfügbar, so dass wir im Winterhalbjahr vor allem auf der rechten Aareseite ein starkes Defizit ausmachen.¹

Durch einen Ausbau dieser soziokulturellen, niederschweligen Angebote für Kinder und Jugendlichen entstehen neue Treffpunkte und kreative Spiel- und Lernmöglichkeiten. Partizipativ gestaltete Angebote, lassen Kinder und Jugendliche Selbstwirksamkeit erleben, fördern die Übernahme von Verantwortung und stärken die soziale Integration und den Zusammenhalt in den Quartieren.

Eine Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen im soziokulturellen Bereich wie der Offenen Jugendarbeit Olten, dem Verein Robi Olten, Cultibo, Idée Sport etc. sowie die Nutzung bestehender Infrastruktur beispielsweise der Schulhäuser Bifang und Säli (Turnhallen, Spielplätze, Schulräume etc.) könnte dank Synergieeffekten zu tieferen Kosten führen.»

¹ Im Sommerhalbjahr bietet der Verein Robi Olten im Vögelgarten ein niederschwelliges Angebot für Kinder, das sehr gut genutzt wird. Im Winterhalbjahr sind die Freizeitangebote auf der rechten Aareseite stark eingeschränkt. Der Pavillon des Robi Vereins im Vögelgarten ist geschlossen, womit auf der rechten Stadtseite kein Angebot besteht. Die Aussenräume der Schulanlagen sind witterungsbedingt nur selten nutzbar. Auf der linken Stadtseite besteht dank des Vereins Robi Olten auf dem Hagberg ein ganzjähriges Angebot. Auch für Jugendliche gibt es auf der rechten Aareseite das ganze Jahr über kein Angebot. Zudem gibt es auch in der Garage 8 auf der linken Seite keine klassischen, niederschweligen Treffangebote für Jugendliche in der Oberstufe. Immer wieder kommt es daher zu Konflikten, wenn Kinder Räume und Plätze auf den Schularealen oder andere zugängliche Infrastruktur nutzen und für sich einnehmen.

Stadtrat Nils Loeffel beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Stadt Olten verfügt im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über Leistungsvereinbarungen mit dem Verein Robi Olten über den Betrieb der beiden Robinsonspielplätze «Hagberg» und «Vögelgarten» sowie dem Verein Jugend und Freizeit Wohlen (VJF) über den Betrieb des «Jugendwerks» und der «Garage 8» am Rötzmattweg 8 in Olten. Im Bereich der Jugendsportförderung existieren Leistungsvereinbarungen mit der Genossenschaft Trendsporthalle über den Betrieb der Trendsporthalle Momentum, mit IdéeSport über die beiden Angebote «Midnight Sport Olten» und «OpenSunday Olten» sowie mit dem Bike Club Olten über den Betrieb der «Pumptrack Anlage Kleinholz». Zusätzlich wird aus dem Bereich Kinder- und Jugendförderung der Verein Ludothek Olten mit einem jährlichen Beitrag für den Spiele- und Spielzeugverleih unterstützt.

Ein Grossteil der Leistungserbringer wird durch die Stadt Olten bereits seit mehreren Jahren finanziell unterstützt und haben sich bewährt. Die verschiedenen Angebote haben grossen Zulauf und sind bei den Kindern und Jugendlichen der Stadt Olten beliebt. Nichtsdestotrotz konnten in den letzten Jahren Angebotslücken erkannt werden.

Gerade im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zeigt sich, dass die beiden Angebote des Robi Olten sowie des VJF nicht die komplette Altersspanne der Kinder und Jugendlichen, das ganze Stadtgebiet sowie das gesamte Jahr abdecken können. Im Rahmen einer Sozialraumanalyse, welche durch fünf Studierende im Bachelor-Studium in Sozialer Arbeit an der FHNW in Olten durchgeführt wurde, wurde beispielsweise erkannt, dass es im Bifang-Quartier an einem Angebot für Kinder und Jugendliche zwischen 9 – 13 Jahre fehlt. Für diese Altersgruppe fehlen im Quartier niederschwellig zugängliche Räume ohne Konsumationspflicht, weshalb sie sich, besonders bei schlechtem Wetter, gerne im Cultibo aufhalten. Ist das Cultibo geschlossen, halten sie sich hauptsächlich in der Migros oder im Multipoint auf, wo es zu diversen Nutzungskonflikten kommt, aufgrund derer sowie der vor Ort geltenden Konsumationspflicht sie öfter weggewiesen werden. Auch die Schulanlage Säli wird ausserhalb der Schulzeiten immer wieder von grösseren Gruppen Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen. Hier kam es bereits zu Konflikten mit Nutzenden der Turnhallen, wenn sich die Kinder und Jugendliche im Winter in den Gängen der Schulanlage aufgehalten haben.

Mit dem Robi Olten werden aktuell Gespräche über die neue Leistungsvereinbarung 2025 – 2027 geführt. Dabei wird auch geprüft, wie das Angebot des Robi Olten im Vögelgarten allenfalls auf die Wintermonate ausgeweitet werden kann. Auch mit dem VJF finden regelmässige Gespräche zur Weiterentwicklung des Angebots statt. Per Ende 2023 wurde durch den VJF eine Evaluation des aktuellen Angebots durchgeführt und es wurden Empfehlungen für eine zukünftige Ausgestaltung der Jugendarbeit in der Stadt Olten abgegeben. Die Direktion Bildung und Sport hat entsprechend im Jahresprogramm 2024 die Weiterentwicklung der Leistungsvereinbarungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aufgenommen.

In diesem Zusammenhang begrüsst der Stadtrat die Forderung der Auftraggebenden, dass eine Gesamtschau der bestehenden niederschweligen, unentgeltlichen soziokulturellen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in Olten vorgenommen werden und ein möglicher Ausbau der Angebote aufgezeigt werden soll. Dies unter Berücksichtigung der im Jahr 2016 ausgearbeiteten Grundlagen zur «Bildungslandschaft Olten» sowie der «Leitlinien und Schwerpunkte der Kinder-, Jugend- und Familienförderung der Stadt Olten» welche der aktuellen Ausgestaltung der Kinder-, Jugend- und Familienförderung in der Stadt Olten zu Grunde liegen. Mit der Einführung der neuen Koordinationsstelle Kinder-, Jugend- und Familienförderung wurden die personellen Voraussetzungen geschaffen, damit eine entsprechende Grundlage ausgearbeitet werden und auch umgesetzt werden kann.

Gestützt auf die hiavor dargestellten Ausführungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Auftrag als erheblich zu erklären.

- - - -

Manuela Höfler, Auftraggeberin: Früher hat man gesagt: Geht raus zum Spielen! Und wir gingen alle raus zum Spielen. In der Pause können wir uns alle die besten Räubergeschichten aus unserer Kindheit erzählen. Heute sieht die Welt etwas anders aus. Die Kinder spielen zwar immer noch, aber es gibt deutlich weniger Platz, weniger Freiräume, der Verkehr ist dichter, wir bauen dichter. All das führt zu weniger Platz, wo man einfach sein kann, wo man nichts kaufen muss, wo man einfach verweilen und sich austoben kann. Die grössten Freiräume haben Kinder und Jugendliche heute leider oft im digitalen Bereich, beim Surfen im Netz. Dort werden Sie zwar nicht vom Auto überfahren, aber wissen alle, es bietet andere Gefahren. Es braucht in der physischen Welt Platz fürs freie Spielen, fürs Fussballspielen, fürs Kreativsein. Und auch Jugendliche brauchen Orte ausserhalb ihrer Familie, wo sie sein können, damit sie sich weiterentwickeln und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Wer von euch am Mittwochnachmittag schon einmal beim Sälischulhaus war, kam in den Genuss, eine wilde Kinderschar zu beobachten, die dort ihren Nachmittag verbringt. Die einen gehen ins Schulsportangebot und besuchen dort eine Stunde, die anderen begleiten jene, die in den Sport gehen, die Dritten hüten ihre Geschwister, die Vierten treffen sich einfach, weil es cool ist mit Freunden dort abzuhängen. Nur ein Bruchteil von ihnen nützt das Sportangebot, was super ist. Aber eigentlich zeigt es, dass sie alle einen Ort brauchen, wo sie sich zusammen aufhalten und zusammen etwas machen können. Und ab und zu rennt mal einer von den Sportstundenleiter raus in den Gang und sagt: «Kinder, ruhig, ruhig. Ihr wisst, es sollte nichts kaputtgehen.» Denn diese bewegen sich alle in den engen Gängen, zwischen Garderobe und Turnhalle, wo man sein darf. Es heisst dann: «Passt auf, ihr wisst, wir müssen sonst die Türe abschliessen.» Und die Türe abschliessen heisst eigentlich den Eingang für jene Kinder zuzusperren, die gerade keinen Schulsport haben. Sie werden quasi rausgesperrt. Und das ist natürlich vor allem dann relevant, wenn wir im Winterhalbjahr sind und genau dann haben wir auf der rechten Stadtseite kein Angebot, wo sich diese Kinder sonst aufhalten könnten. Es ist irgendwie auch schön zu sehen, wie diese Kinder eigentlich eine Gemeinschaft und Orte finden. Leider sind diese Orte nicht so gut geeignet und sie können nicht wirklich viel machen. Entsprechend gehen immer mal wieder Sachen zu Bruch und es gibt ganz verständlicherweise wieder ein bisschen Repressionsmassnahmen, denn es ist nicht geeignet, dass Kinder dort unbeaufsichtigt rumtoben können. Was es zeigt, ist, dass das Sälischulhaus nur ein Treffpunkt ist, welchen viele Kinder und Jugendliche nutzen, weil sie einen Ort brauchen, wo sie ihre Freizeit aktiv gestalten können. Eine Stunde Schulsport ist gut, aber das reicht nicht. Auf der rechten Aareseite haben wir während des Winterhalbjahres kein Angebot der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, denn das bestehende ist dieser Robi-Container im Vögelgarten. Ich weiss nicht, die meisten von euch werden ihn kennen. Es ist ein kleiner, herziger Container. Im Sommer ist der genial, denn man kann eigentlich die Aussenräume bespielen und hat dort das Material drin. Aber im Winter ist das nicht möglich, er ist nicht isoliert, man kann ihn nicht beheizen, man kann eigentlich nichts machen. Es ist zu wenig Platz. Was heisst es, wenn die Türen vom Robi geschlossen sind? Wenn ihr mit Mitarbeitern vom Verein sprecht, erfahrt ihr, dass es Kinder gibt, die jeden freien Nachmittag dort verbringen. Und wenn diese Türen geschlossen sind, sehnen sie sich danach, dass sie im Frühling wieder geöffnet werden und es wieder einen Ort gibt, wo sie basteln, spielen und kreative Sachen machen können. Das heisst, sie haben nichts. Auch für ältere Primarschulkinder und Jugendliche gibt es auf unserer Stadtseite, auf der rechten, leider überhaupt kein Angebot. Und genau das möchten wir mit diesem Auftrag ändern. Offene Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht eine aktive Freizeitgestaltung. Und wichtig ist, dass sie für alle Kinder eine aktive Freizeitgestaltung ermöglicht. Egal, ob man aus einer Familie kommt, wo die Eltern etwas bezahlen könnten oder nicht. Und auch egal, ob die Eltern sich selber Zeit nehmen könnten, das Kind zu betreuen. Aktive Freizeitgestaltung ist deswegen wichtig, weil man vielfältige Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten schafft, bei welchen Kinder an ihren Stärken und auch an ihren Schwächen arbeiten. Die Förderung ist auch für Jugendliche wichtig. Ich denke, das ist etwas, das wir nicht unterschätzen dürfen. Sie müssen ihren Platz in der Gesellschaft noch finden und wenn sie keinen Ort haben, wo sie etwas tun dürfen, bleibt nur noch der Gang ins Säli-Center beim Migros oder eben in den von Philippe geliebten Barber-Shop. Die Stadt hat ein megatolles Angebot, vor allem im Bereich der Sportförderung. Wir unterstützen die super Infrastruktur wie die Pumptrack-Anlage oder das Momentum. Im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit machen der Verein Robi Olten und andere wirklich eine gute Sache. Dieses Angebot, also der

Leistungsauftrag, wurde damals runtergekürzt, als man Steuern sparen mussten. Das konntet ihr alle nachlesen. Wie ihr ebenfalls in den Ausführungen von Nils lesen konntet, hat dieses Angebot jetzt noch Lücken. Diese wollen wir mit diesem Auftrag finden und schliessen und auf beiden Stadtseiten ein flächendeckendes Freizeitangebot entstehen lassen, das von allen genutzt werden kann. Helft mit, dass unsere Kinder und Jugendlichen, egal, aus welchen Familien, gleich gute Startchancen ins Leben haben, soweit wir das ermöglichen können.

Stadtrat Nils Loeffel: Danke, Manuela Höfler, für die Einleitung zum Vorstoss. Ich muss zum Gesagten oder zu dem, was ich in der Beantwortung des Auftrages geschrieben habe, gar nicht viel ergänzen. Grundsätzlich ist bekannt, wie beschrieben in der Beantwortung, dass wir im Angebot für 9- bis 13-jährige eine Lücke haben. Gerade auf der rechten Aareseite ist die Einfamilienhausdichte je nach Quartier mit Sicherheit nicht gleich gross, wie es auf der linken Aareseite der Fall ist. Entsprechend ist ein grösserer Bedarf an Freiraum im öffentlichen Raum von Kindern und Jugendlichen vorhanden. Dieser ist spürbar. Gerade im Sommer ist es tatsächlich so, dass gefühlt vom Morgen bis spät abends auf diesen wenigen öffentlichen Plätzen im Quartier extrem viele Kinder unterwegs sind. Robi Olten hat seit Jahren eine zunehmende Teilnehmerzahl beim Angebot im Vögelgarten. Das Angebot im Hagberg bleibt plus/minus stabil. Entsprechend ist der «Robi» immer wieder am Überlegen, wie sie ihr Angebot auf der rechten Aareseite weiterentwickeln können. Wie ich es auch beschrieben habe, sind wir gerade in Diskussion, was die Leistungsvereinbarung 2025 bis 2027 anbelangt. Dabei geht es auch um die Prüfung, ob ein Winterangebot im Vögelgarten eine Möglichkeit wäre. Das ist etwas, das wir diskutieren. Wir begrüssen den Auftrag. Es ermöglicht uns, die gewünschte Gesamtschau zu machen. Das hatten wir ohnehin geplant. Es ist sicher auch ein Teil der geplanten Zertifizierung als kinderfreundliche Gemeinde. Es soll in diesem Themenbereich auch wichtige Informationen geben, welche wir gerne dem Parlament im Rahmen eines Massnahmenkatalogs unterbreiten können, welche Massnahmen es braucht, damit wir ein ausreichendes Angebot in der Stadt Olten zur Verfügung stellen können.

Claudia Schmid, Fraktion SP/JSP: Danke, Manuela, für deine Worte über die Situation, wie sie in Olten aktuell ist. Und merci vielmals, Nils, auch für deine Worte und deine Beantwortung. Ein soziokulturelles Angebot beispielsweise in Form von Offener Kinder- und Jugendarbeit ist eine der besten Investitionen in die Zukunft, die man machen kann. Und nach einem Soziokultur-Studium, 15 Jahren Erfahrung in der Jugendarbeit und nun in der Position als Projektleiterin in einem Dachverband, der wöchentlich Gemeinden im Aufbau von Jugendarbeitsstrukturen berät, kann ich kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass ich weiss, wovon ich spreche. Weshalb ist es eine solch tolle und wichtige Investition? Weil die Offene Kinder- und Jugendarbeit Kindern und Jugendlichen Freiräume zur Verfügung stellt, in Beziehung tritt, Möglichkeiten bietet, sich kreativ, individuell, emotional zu entfalten, Chancen liefert, neue Fähigkeiten zu entwickeln, und dass sie lernen können, sich zu beteiligen. Und gerade Beteiligung müsste uns allen hier im Saal ein besonders Anliegen sein. Bindet man nämlich Kinder und Jugendliche aktiv in den Prozess der Stadt ein, fördert man einerseits das Demokratieverständnis, schafft damit eine grössere Identifikation mit der Wohngemeinde und erhöht die Chance, dass sie sich auch als Erwachsene im Gemeinwesen beteiligen, zum Beispiel als Vorstandsmitglied in einem Verein oder auch als Parlamentsmitglied. Andererseits schafft man durch Beteiligung ein Erleben von Selbstwirksamkeit, lernt, mit anderen Kompromisse auszuhandeln und eine konstruktive Konfliktkultur zu erlernen. Man hilft ihnen zudem, mit schwierigen Situationen umzugehen, eigene Gefühle erkennen zu können und zu verbalisieren und wir stärken damit nachhaltig ihre Resilienz. Es ist zentral, dass Kinder und Jugendliche wichtige Sozial- und Handlungskompetenzen mit auf den Weg erhalten, weil sie das schlussendlich gesund und stark macht und ihr Selbstbewusstsein stärkt. Das sind grundlegende Bausteine für die Präventionsarbeit und eine Gesundheit im Allgemeinen. Zusammenfassend kann man also sagen, dass dies wichtige Punkte sind, damit wir schlussendlich eine Gesellschaft haben, welche sich engagieren kann, gelernt hat, mit anderen in Dialog zu treten, resilient ist und durch ihre stabile Gesundheit zudem längerfristig auch noch weniger kostet. Es ist wichtig, dass wir unsere Kinder und Jugendlichen begleiten und sie eben in all dem fördern. Dass wir dafür sorgen, dass sie sich wohlfühlen und als Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden. Und dass es Leute gibt, wie zum Beispiel Fachpersonen von der

Offenen Kinder- und Jugendarbeit, welche dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche in der Gemeinde mitgedacht werden und mit den Kindern und Jugendlichen in eine professionelle Beziehung treten, sie unterstützen und Grenzen setzen und vor allem an sie glauben. Und nein, es kann nicht alles von der Schule und es kann nicht alles von zuhause abgedeckt werden. Und es kann auch nicht alles von den Vereinen und Jugendverbänden gemacht werden, obwohl die alle sensationell gute Arbeit leisten. Denn zum Beispiel gerade die Schule hat einfach einen anderen Auftrag und auch nicht alle Familien verfügen aus verschiedensten Gründen über die Ressourcen und Fähigkeiten all dies dem Kind mitzugeben. Insbesondere die Förderung von Partizipation sowie Prävention, ist in unserem Verständnis sowieso klar eine Aufgabe des Staates und muss zwingend alle Kinder und alle Jugendlichen gleichermaßen erreichen, damit wir in die Richtung einer Chancengleichheit gehen. Eine Offene Kinder- und Jugendarbeit kann mit ihrer offenen Arbeitsweise genau dazu beitragen und vor allem mit gut ausgebildetem Personal, einen wichtigen Beitrag leisten. Es funktioniert aber einfach nur dann, wenn wir auch bereit sind, darin zu investieren. Denn aktuell verfügen wir über quasi keine Stellenprozent für Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wir haben für die Jugendarbeit - ich schliesse den «Robi» aus, der kommt nachher noch dazu -, die eigentlich nach Prinzip oder Theorie der Jugendarbeit eine Altersspanne von der 5./6. Klasse bis 25-jährig abdecken müsste, genau 110 Stellenprozent. Eine davon ist eine Ausbildungsstelle, die einfach nicht als ganze angeschaut werden soll und darf. Das ist so wenig. Sogar der Dachverband für Offene Kinder und Jugendarbeit Schweiz empfiehlt im Minimum 200 Stellenprozent für 10'000 Einwohnende. Das wären in Olten knapp 400 Stellenprozent für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Davon sind wir im Moment noch weit entfernt. Und ja, wir haben den «Robi» und hier sind wir gar nicht so schlecht unterwegs. Es betrifft aber vor allem die jüngeren Kinder. Für ältere Kinder und Jugendliche haben wir viel, viel, viel zu wenig. Gerade, wenn man bedenkt, dass wir zwei Stadtseiten haben, dass wir eine grosse, verteilte Stadtfläche sind, dass Kinder und gerade jüngere Jugendliche einen sehr kleinen Bewegungsradius haben, muss man sich schon überlegen, wie wir in Zukunft damit umgehen wollen und wie wir es erreichen, dass wir allen eine gewisse Struktur, ein gewisses Freizeitangebot schaffen können. Völlig egal, wie wir das machen wollen, es wird etwas kosten. Aber im Moment verfügen wir über einen riesigen Topf voller Geld, von welchem wir nicht gedacht hätten, dass wir ihn haben werden. Wieso also nicht diesen Topf nehmen und ins wichtigste investieren, das wir haben, nämlich in unsere Kinder und unsere Jugendlichen? Wir von der SP/JSP sind davon überzeugt, dass Kinder- und Jugendförderung wirkt und dass sie gebraucht wird und wir stimmen daher einstimmig für erheblich.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung. Für uns ist ein Auftrag insofern nicht notwendig, als dass der Stadtrat bereits eine sehr gute Übersicht über die Angebote und auch über die Lücken der Stadt Olten in der Antwort angegeben hat. Uns freut es, dass sich der Stadtrat diesem Thema angenommen hat. Und auch wir sind der Meinung, dass soziokulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche wichtig sind. Nils hat in seiner Antwort auch aufgezeigt, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt und hat aufgezeigt, wie der Stadtrat diese angehen will. Wir schätzen die Bemühungen des Stadtrats und der zuständigen Direktion, sich auch ohne spezifischen Auftrag des Parlaments diesen wichtigen Aufgaben anzunehmen, sich selber Ziele zu setzen und diese auch erfolgreich zu verfolgen. Also lassen wir doch die Fachpersonen arbeiten. Wir möchten anmerken, dass die Stadt Olten zahlreiche Projekte am Laufen hat, die noch nicht abgeschlossen sind und sie sich daher die Prioritäten gut überlegen muss. Diese Überlegungen sind aber unserer Meinung nach beim Stadtrat in sehr guten Händen. Wir sind aus diesen Gründen nicht der Ansicht, dass es hier noch einen Auftrag braucht und werden für nicht erheblich stimmen.

Simone Sager, Fraktion FDP: Wir von der Fraktion FDP sind bei diesem Auftrag nicht alle gleicher Meinung. Wir haben unterschiedliche Einschätzungen. Anhand meines Votums werdet ihr sehen, dass ich eine von jenen bin, die der Meinung sind, diese Prüfung soll stattfinden. Deshalb kann ich nicht für die ganze Fraktion sprechen. Für einen Teil unserer Fraktion ist klar, dass genau diese 9- bis 13-jährigen zwischen die Raster fallen. Das ist überall so. Man denkt schon bei Neubauten mit dem Sandkasten immer an die ganz Kleinen. Danach fragt man sich, was man sonst noch bauen könnte. Man baut dann irgendetwas, das für die

Kleineren nicht mehr geeignet ist. Von daher macht es durchaus Sinn, wenn man sagt: «Hey, jetzt wird das überprüft.» Was für uns aber auch wichtig ist, wenn man den Auftrag liest: Am Anfang steht ein Gesamtstau für die bestehenden, niederschwelligen Angebote in Olten. Nun kommt immer je mehr von der rechten Stadtseite zutage, die Linke steht ein bisschen besser da. Ja, auf der linken Stadtseite gibt es gegebenenfalls mehr Einfamilienhäuser. Das heisst aber nicht per se, dass man auf dieser Stadtseite nicht gleichermassen eine Überprüfung machen soll wie auf der rechten. Wir würden uns wirklich wünschen, dass eine Gesamtschau über die ganze Stadt durchgeführt wird und nicht auf der anderen Stadtseite der viel grössere Fokus vollzogen wird. Denn auch auf der linken Stadtseite ist im Winter nicht alles vorhanden. Was unserer Meinung nach zusätzlich sehr wichtig ist, ist die ganze Kommunikation, welche Angebote hier vorhanden sein könnten. Ganz viele Nachrichten kommen über «Klapp». Neun von zehn Angeboten der Schulen oder von der Stadt kommen über «Klapp». Und wir sind davon überzeugt, dass ganz viele Eltern es nicht richtig lesen, oder irgendwie ein gewisses Verständnisproblem vorhanden ist. Sprich, sollte hier irgendwann irgendetwas umgesetzt werden, würden wir uns wünschen, dass diese Stellen aktiv in die Schulen gehen und die Kinder direkt abholen, dass die Kinder danach nachhause gehen können und sagen: «Hey, es gibt dieses und jenes.» Denn das «Klapp» funktioniert bei solchen Sachen nicht. (Klammerbemerkung: Selbst bei meinem Sohn nicht immer, der notabene die Sprache kann und mir auch nicht alles nachhause bringt.) Ich glaube, bei anderen Sachen wäre es wirklich wichtig, wenn man es proaktiv den Kindern beibringt mit Infos etc. Einfach, dass es die Kinder mitbekommen, was es überhaupt gibt. Wie gesagt, stimmen wir bei diesem Auftrag nicht alle gleich. Was uns aber klar ist, auch bei jenen, die zustimmen, dass es nicht heisst, dass wir automatisch einen Freipass geben, wenn es zur Ausführung oder Auswertung kommt. Wir möchten sehen, was ausgearbeitet wird und danach entsprechend reagieren können, ob es gut ist oder wir der Meinung sind, dass es das Richtige ist oder nicht.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch die Fraktion Mitte/GLP/EVP ist hier nicht einer Meinung bezüglich Abstimmungsverhalten. Gleicher Meinung sind wir, dass Angebote für Kinder und Jugendliche per se ein wichtiges Anliegen sind und damit auch niederschwellige, unentgeltliche soziokulturelle Freizeitangebote. Unterschiede haben wir vor allem in der Ansicht, wieviel staatlich finanzierte Angebote und Strukturen es braucht. Jene, die nicht erheblich stimmen werden, sehen hier vor allem auch die Erziehung und Begleitung durch das Elternhaus und die Familie in der Pflicht sowie die tolle Vereinsarbeit, die zahlreich mit verschiedensten Angeboten auch ehrenamtlich hier in Olten geleistet wird und sind nicht der Meinung, dass die Stadt jede Lücke schliessen müsste. Gleicher Meinung sind wir im Bereich, bei welchem wir froh darüber sind, dass es Nils Loeffel im mündlichen Votum ausgeführt hat. Im schriftlichen Teil haben wir das vermisst. Nämlich, dass wir bereits mehrfach vorgebracht hatten, dass eine rasche Umsetzung des Labels «Kinderfreundliche Gemeinde» wichtig und zielführend wäre. Das würde noch mehr Ebenen von Kindern und Jugendlichen betreffen und auch einen partizipativen Prozess auslösen. Das heisst, die Kinder und Jugendlichen werden effektiv gefragt, was sie vermissen und was sie sich wünschen. Dieser Aspekt ist uns allen sehr wichtig und kommt in der Beantwortung dieses Auftrags zu wenig vor. Dort setzt man nur auf das, was man selber schon festgestellt hat, oder was die Stadt oder vielleicht noch Fachbehörden festgestellt haben. Das ist sicher schon ein sehr guter Anhaltspunkt. Und dass man von dort aus eine Gesamtschau machen will, ebenfalls. Aber das andere sähen wir in diesem Zusammenhang als unerlässlich an und sollte nicht irgendwie vom Zeitpunkt her im Nachhinein kommen. Das ist auch dem Teil der Fraktion, der erheblich stimmen wird, sehr wichtig. Dieser Teil ist nämlich der Meinung, dass die Optimierung der bestehenden Angebote, die bereits in vielen Bereichen gut sind und von der Stadt auch unterstützt werden, weiter geprüft werden und dann die Anliegen von Kindern und Jugendlichen möglichst direkt miteinbezogen und umgesetzt werden sollen. Bestehende Angebote wurden hier sicher schon genannt. Das von «Robi» ist mit Sicherheit ein sehr gutes Angebot, worauf gebaut werden kann. Bei der Offenen Jugendarbeit hat man auch schon viel gehört, worin Optimierungsbedarf bestehen könnte. Weniger hat man vom «Cultibo» gehört, was ich ein bisschen schade fand, persönlich gesprochen. Denn gerade aus gewissen Bereichen wurde die rechte Aareseite so stark in den Fokus gestellt, wo man Sachen feststellt. Aber man darf auch sagen, dass das «Cultibo» einfach nur dort ist und ein Zusatzangebot ist, explizit, eben wegen gewissen

Feststellungen und Bedürfnissen und berechtigterweise am Standort, wo es sich befindet. Und ich denke, dort geben sich sicher auch gute Synergien und Möglichkeiten zum Näherprüfen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: In den letzten Monaten haben wir hier im Parlament diverse Massnahmen beschlossen, um die ausserschulische und familienergänzende Kinderbetreuung in Olten zu verbessern. Nun wird der Blick auf das Freizeitangebot von Kindern und Jugendlichen gerichtet, was wir super finden und ganz in unserem Sinn ist. Im Bereich soziokulturelles Angebot hat es in Olten zwar viele Angebote, aber wie wir nun gehört haben, hat es überall noch viele Lücken. Dies wurde in anderen Voten bereits detailliert beschrieben. Mit der Gesamtschau, die wir beauftragen wollen, ist es ein erster Schritt, um diese Lücke zu schliessen. Wir freuen uns vor allem, dass der Stadtrat diesem Anliegen positiv gegenübersteht. Denn dies ist eine ganz wichtige Voraussetzung, dass es mit einem solchen Prüfauftrag überhaupt funktionieren kann. Nun noch etwas zu jenen, die in ihren Voten gesagt haben, es wäre eine super Antwort von Nils, vielen Dank, aber nein, eigentlich müssten wir hier nicht noch mehr machen. Wir finden auch, Nils und seine Mitarbeitenden machen einen super Job. Wir finden aber auch, dass es ganz wichtig ist, nun diesem Auftrag zuzustimmen. Denn mit diesem Auftrag pfuschen wir der Bildungsdirektion nicht irgendwie ins Handwerk, oder so, sondern wir geben zu verstehen, wenn sie aufgrund der Analyse zum Schluss kommen sollten, dass es weitere Angebote braucht, wir vom Parlament her diesem positiv gegenüberstehen und nicht grundsätzlich alles ablehnen werden. OJ stimmt natürlich dafür.

Beat Bachmann (EVP): Auf der rechten Aareseite gibt es im Moment rund 700 Kinder, die im Bifang und Säli in die Schule gehen. In fünf Jahren werden es etwa 800 Kinder sein. Wie wir gehört haben, wohnen viele dieser Kinder in kleinen, engen Wohnungen. Gerade diese Kinder sind auf Bewegung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung angewiesen. Die finanziellen Möglichkeiten vieler Familien für ihre Kinder sind oft nicht sehr gross. Und es ist für alle Eltern und Betreuungspersonen eine grosse Herausforderung – manchmal auch Überforderung – für eine gesunde Begleitung und gute Förderung ihrer Kinder zu sorgen. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Darum gibt es eine grosse Anzahl von Kindern, gerade auf der rechten Stadtseite, die aus verschiedenen Gründen die bestehenden Freizeitangebote nicht besuchen können. Ich finde es daher sehr wichtig, einen solchen Überblick der ganzen städtischen Angebote zu machen. Ebenso finde ich es wichtig, dass es neue niederschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche gibt, welche wenig haben und diese suchen und brauchen. Auch Angebote, die man mit den Kindern entwickelt, damit sie ihre Ideen und Begabungen einbringen können, damit gerade jene Kinder und Jugendlichen, die weniger Möglichkeiten haben, eine Chance erhalten, sich zu integrieren, sich zu bewegen und kreativ gefördert zu werden.

Heinz Eng (FDP): Ich werde diesen Auftrag erheblich erklären. Ich möchte jedoch zwei, drei Sachen bzw. Vorbehalte zu bedenken geben und ich hoffe, dass dies auch einfließt. Als langjähriges Mitglied einer Schulkommission, welche vor Jahren einmal existiert hat, glaube ich, sind wir hier wieder ein bisschen im Dilemma «Kind – Erwachsene». Wir haben es aus den Voten gehört. Höchst qualifizierte, wissenschaftliche Fachexperten, Studien usw. wissen ganz genau, was fürs Kind gut und recht ist. Wir sprechen hier von Kindern. Aber wir sprechen hier eigentlich auch langsam von Kindern, die in einem gewissen Alter reif werden und eben auch etwas wissen. Und hier fehlt mir die Stimme des Kindes. Und das ist das typische Dilemma. Wir Erwachsenen bestimmen über das Kind, eben, über das Angebot. Es braucht dieses Angebot, es braucht jenes Angebot usw. Und da wäre ich wirklich froh, dass wir im Prozess, wenn dieser so ankommt und der Prüfauftrag da ist, beim Angebot die Kinder auch eine Stimme erhalten. Und dann wird man nämlich wissen, und das ist manchmal für uns Erwachsene sehr schwierig, dass Kinder eine etwas andere Meinung haben oder es anders sehen. Ich erinnere mich, ich habe es auch schon gesagt, an die Geschichte vom «Le Petit Prince». «Dessine-moi un mouton», ist dann etwas ganz anderes, als wir Erwachsene denken, was das Kind überlegt. Also noch einmal: Bitte denkt an die Kinder, und vor allem sie sollen das Sprachrohr sein. Und so wie sie das Angebot wollen, sollen wir Erwachsene versuchen, die Angebotspalette aufzustellen.

Claudia Schmid (SP): Ja, Heinz, das ist eben das Schöne an der Soziokultur. Denn die Soziokultur setzt eigentlich genau auf Partizipation und arbeitet immer bedürfnis- und bedarfsorientiert. Das ist der Grundsatz der Soziokultur. Die Soziokultur orientiert sich immer an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen - wo sie sich bewegen, was sie im Moment beschäftigt – und passt ihre Arbeitsweise oder ihr Angebot und ihre Projekte und alles, was sie macht, den Gegebenheiten an. Daher braucht es eigentlich vor allem gutes Personal und eine gute Infrastruktur. Und alles andere wird partizipativ mit Kindern und Jugendlichen ausgehandelt. Das ist Soziokultur. Was ich von zuvor noch sagen wollte: Ich weiss nicht mehr, wer gesagt hat, dass es Sache der Familien ist, die Kinder zu begleiten. Es hat schon immer geheissen: Für die Kindererziehung braucht es ein ganzes Dorf. Ich fände es schön, wenn wir ganz Olten dafür hätten. Und vor allem wenn wir gutes Personal hätten, das nebst der Familie gute Arbeit leistet. Denn nicht alle Kinder sind nur zuhause. Sie sind auch in der Freizeit beschäftigt. Manchmal sind sie in Verbänden, manchmal sind sie in Vereinen und manchmal sind sie in der Jugendarbeit. Geben wir ihnen diese Gelegenheit. Es ist doch schön, wenn sie auch noch etwas anderes kennenlernen als nur die Familie. Es kann nur fürs Kind nur positiv sein.

Stadtrat Nils Loeffel: Um bei Marion anzuschliessen: Muriel, selbstverständlich hätten wir die kinderfreundliche Gemeinde in der Beantwortung erwähnt, wäre die Anfrage von dir gekommen. Nein, Spass beiseite. Ich finde wichtig, was gesagt wurde, nämlich, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in diesem Prozess unbedingt berücksichtigt werden soll. Dass es hier in der Beantwortung noch fehlt, finde ich nachvollziehbar. Ich glaube, der politische Prozess sieht vor, dass ein Auftrag eingereicht wird, dass wir eine erste Einschätzung machen und danach daran arbeiten. Wenn wir immer tausende von Franken investieren, bevor wir überhaupt den Auftrag erhalten haben, bekämen wir auch eine Schelte. Gleichwohl möchte ich die hochgelobten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die hier erwähnt werden, in Schutz nehmen. Das sind Studierende des Bachelor-Studiums «Soziale Arbeit». Im Rahmen dessen macht man eine Sozioanalyse oder eine Sozialraumanalyse. Eine Sozialraumanalyse besteht in erster Linie darin, dass man mit Personen Interviews führt, über welche man die Analyse macht, diese Interviews auswertet und danach dazu eine Aussage macht. Die Studierenden haben mit etwa 20 Kindern Interviews geführt, welche sich im Sälipark, im Cultibo und Multi Point im Bifangquartier aufhalten und entsprechend ergab dies Ergebnisse. Die Kinder durften sogar da schon sagen, was sie bräuchten und was sie sich wünschten. Sie finden, apropos, die Migros super. Das Einzige, das sie dort nervt, sind die Verkäuferinnen, die sie immer wegdrennen. Aber sonst finden sie es eigentlich einen sehr coolen Ort. Ich freue mich, wenn dieser Auftrag erheblich erklärt wird. Und danach werden wir uns dahinter setzen und daran arbeiten.

Laura Schöni (OJ): Ich möchte etwas zu dem entgegnen, was du, Muriel, gesagt hast. Ihr findet, dass die Betreuung der Jugendlichen und Kindern Sache der Familie ist. Ich sehe das einerseits schon auch so und andererseits finde ich dies schon eine sehr privilegierte Sicht der Dinge. Ich stimme Beat zu. Er hat gesagt, manchmal sei dies nicht möglich, wegen fehlender Ressourcen von gewissen Eltern und Erziehungsberechtigten und es manchmal überfordert und sehr anstrengend ist und man es sich nicht leisten kann. Noch etwas zum ehrenamtlichen Angebot. Ich finde es auch super, wenn Vereine, Kirchen durch ehrenamtliche/freiwillige Arbeit Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Aber wenn wir ehrlich sind, sind es dann meistens Frauen und Pensionierte und dann ist es auch nichts anderes als unbezahlte Care-Arbeit. Und eigentlich könnte man dort einen Schritt in eine andere Richtung machen, indem man jetzt hier, zu diesem Vorstoss, ja sagt.

Heinz Eng (FDP): Nur ganz kurz. Nils, du hast die Studierenden in Schutz genommen. Ich möchte dir einfach eins sagen: Es ist sicher nicht unbedingt angebracht, dass wir alle, die ein Studium gemacht haben, irgendwie Thesen aufstellen gegenüber diesen Jugendlichen. Und danach auch eine quantitativ-qualitative Methode darüberlassen mit einer Inhaltsanalyse und eine Auswertung über 7000 Seiten und am Schluss ergibt es ein Fazit. Ich will einfach sagen, dass man hier den gesunden Menschenverstand walten lassen soll. Das sind Kinder und man soll mit ihnen entsprechend auf dieser Ebene sprechen. Wenn es in den Fachbüchern,

Universitäten usw. anders gelehrt wird, ja. Aber vielleicht kann man hier einen Mix finden. Das war eigentlich mein Votum.

Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte): Ich möchte kurz auf Laura zurückkommen. Da gebe ich dir, Laura, natürlich recht. Ich habe es auch gar nicht so gemeint, sondern, dass ein Teil der Fraktion der Meinung ist, dass nicht alles vom Staat aus kommen muss, sondern, dass es in erster Linie auch Aufgabe von Elternhaus und Familie ist. Es soll nicht lückenlos der Staat sein, sondern der Staat muss selbstverständlich dort einspringen, wo es eben Förderung und Begleitung braucht. Denn du hast es richtig gesagt, nicht alle können es selber abdecken, dann finden wir alle es richtig, dass der Staat mit Angeboten kommt. Aber nicht per se für alle und alles. Das ist die Meinung eines Teils der Fraktion. Ich gebe dir auch recht, dass sehr viel Care-Arbeit von Frauen, und vielleicht auch noch von Pensionierten, geleistet wird. In diesem Bereich möchte ich aber die Männer auch nicht aussen vor lassen. Ich weiss von sehr vielen Vereinen, vor allem Sportvereinen, aber nicht nur, wo sehr viele Männer ebenfalls ehrenamtlich tätig sind. Das möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Tobias Vega (SP): Ich schliesse mich hier Claudia an. Es braucht mehr Stellenprozente, das ist ganz klar. Man hat damals die Färbi geschlossen, man hat bei der Jugend gespart, wo man konnte. Man hat gesehen, wie es läuft. Momentan haben wir ein ganz schlechtes Beispiel für die Jugend bei der Kanti. Die Jugend wollte sich in einen repressivlosen Ort begeben und aus diesen Gründen wurde die Kanti umschlossen. Das habe ich aus erster Hand erfahren. Man will die Jugendlichen dort oben nicht mehr haben. Dort muss man die Lebensrealitäten eines Kindes und einer jugendlichen Person unterscheiden. Das muss ich euch nicht erklären. Und da bin ich auch der Meinung, klar, das Cultibo braucht es. Denn das Cultibo macht nicht nur Kinder- und Jugendarbeit, sondern macht Quartierarbeit für alle Menschen. Ich gehe davon aus, dass man sich eigentlich überlegen sollte, dass es Cultibos für jedes Quartier oder für jede Stadtseite gibt, ja, auch für die linke Stadtseite. Der Mehrwert davon ist nicht nur bei der Kinder- und Jugendarbeit. Aber was wirklich fehlt, sind Räume, wo sich Jugendliche zurückziehen können und nicht beobachtet fühlen. Das fehlt mir jeweils ein bisschen bei diesen Diskussionen. Die Färbi war beispielsweise so etwas. Auch mit durchgehender Öffnung. Da braucht es auch beim Sport Zugänge. Wir haben diese Diskussionen auch im Sportbereich. Es muss überall Sportförderung... Es hängt alles zusammen. Ich würde sicher auch appellieren, dass man eben Begegnungszentren nicht jedes Jahr um Finanzen kämpfen lassen soll, sondern durchgehende Leistungsaufträge eben auch einbindet. Und eventuell auf der linken Stadtseite vielleicht ein Begegnungszentrum schafft.

Thomas Fürst (FDP): Ich finde es einmal mehr eine sehr spannende Diskussion. Es ist ja nicht schwarz oder weiss. Auch in dieser Frage nicht. Ich persönlich, und ich denke auch wir Liberalen, sind der Meinung, dass es durchaus gerechtfertigt ist, dass der Staat mit eigenen Angeboten teilweise etwas anbietet. Man muss sich einfach bewusst sein, dass mit jedem Angebot, das der Staat weiter anbietet, der Anreiz für Private in jeglicher Hinsicht sinkt, selber etwas auf die Beine zu stellen. Und irgendwo muss man wahrscheinlich den Sweet Spot im Graubereich finden. Und dass dieser auf der liberalen Seite ein bisschen schneller erfolgt, weil wir eigentlich starke Anreize möchten, dass eben auch für unbezahlte Arbeit von Freiwilligen, die wir übrigens alle auch leisten, schon nur, weil wir hier sitzen, eben nach wie vor ein Anreiz besteht, weil es etwas Schönes ist. Wir haben zahlreiche Stiftungen in der Schweiz, welche über enorme Vermögen verfügen und Sachen fördern können. Teilweise ist man sich diesen gar nicht mehr so bewusst. Es gibt Stiftungen, welche Mühe haben, Projekte zu finden, worin sie investieren können, weil der Staat teilweise schon zu viel abdeckt. Nun kann man sagen, das ist nicht schlimm. Hier kann man geteilter Meinung sein. Wenn es hart auf hart kommt, lebe ich lieber in einer Welt, die mehr Privatinitiative hat als staatliche Intervention.

Laura Schöni (OJ): Ich möchte zu Muriel etwas sagen und Tobias hat es auch kurz angesprochen. Thema Sportförderung: Es ist nicht so, dass die Arbeit bei den Sportvereinen unentgeltlich ist. Der Staat lässt sich über Beiträge von J+S ganz viel Geld kosten. Da gibt es pro Kind, pro Trainingsstunde einen Beitrag des Staates. Und auch das ist staatliche

Unterstützung. Dann könnte man doch auch andere Angebote staatlich unterstützen. Ich bitte euch, diesen Prüfauftrag als erheblich zu erklären.

Timo Probst (JSP): Ich möchte Thomas Fürst etwas entgegenen. Ich finde, das mit den Stiftungen ist ein sehr valider Punkt. Es gibt wirklich zahlreiche, die Mühe haben, Gelder zu erhalten. Stiftungsfundraising ist ein Knochenjob. Es braucht wahnsinnig viel Zeit an diese Stiftungen heranzugelangen. Sie habe teilweise nur kurze Öffnungszeiten, man muss anrufen, nachhaken, damit man das Geld auch wirklich erhält. Und das gibt wahnsinnig viel zu tun. Das kann man ehrenamtlich fast nicht leisten. Und dafür könnte es Stellenprozente geben, auch in der Stadt Olten, sodass Angestellte der Stadt solche Stiftungsgelder holen, wenn sie entsprechende Projekte haben. Denn die Stiftung unterscheidet meistens nicht, ob das Projekt von einem Verein oder vom Staat kommt. Wenn es inhaltlich stimmt und es klar ist, wofür diese Stiftungsgelder gebraucht werden, kann man dafür Geld fundraisen. Daher braucht es dafür Stellenprozente, auch bei einer Stadt.

Beschluss

Mit 27 : 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 63

Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Sicherheit in Bahnhofsnähe Olten/Beantwortung

Am 20 September 2023 haben Philippe Ruf (SVP) und MU folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Im Verlauf der letzten Jahre hat die Frequentierung am Bahnhof Olten zugenommen; ein Ausbau des Bahnhofplatzes ist angedacht. Zwischenfälle am Bahnhof Olten haben ebenfalls, zumindest medial, zugenommen – schweizweit haben Medien über Pistolenschüsse in Olten berichtet, diverse weitere Vergehen finden ebenfalls regelmässig den Weg in die Presse. Ebenfalls sind in den letzten Jahren zunehmend Personen am Bahnhof am `Herumhangeln` – zu nächtlichen Stunden oft Lärm, Gepöbel und Abfall verursachend. Die hohe Anzahl an Velodiebstählen ergänzt die Problematik. Die gefühlte Wahrnehmung von Sicherheit darf ebenfalls als sinkend und unzureichend interpretiert werden. Bettler sind ebenfalls täglich vor Ort und prägen das Bild der Bahnhofunterführung.

1. Ist die Wahrnehmung falsch und Verzeige, Meldungen, Straftaten und Interventionen der Polizei/Sicherheitspersonal der SBB haben gar nicht zugenommen?
2. Interpretiert der Stadtrat die Situation ebenfalls als problematisch?
3. Ist das Betteln am Bahnhof gestattet? Inwiefern resp. weshalb wird es toleriert?
4. Welche Massnahmen unternimmt der Stadtrat und welche sind geplant?
5. Inwiefern unterscheidet sich die Problematik vom Bahnhofgelände und zwar näheren Umgebung des Bahnhofs (Ländiweg, hinter dem Bahnhof, Aareufer Richtung Trimbach etc.)?»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. *Ist die Wahrnehmung falsch und Verzeige, Meldungen, Straftaten und Interventionen der Polizei/Sicherheitspersonal der SBB haben gar nicht zugenommen?*

Die Verzeigungen, mit Ausnahme von Diebstählen, sind im Raum Bahnhof Olten gemäss Auskunft der Polizei Kanton Solothurn im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 ungefähr gleich. Ein minimaler Anstieg ist bei den Fahrraddiebstählen zu verzeichnen.

2. *Interpretiert der Stadtrat die Situation ebenfalls als problematisch?*

Der Stadtrat beurteilt die Situation als angespannt. Die zuständigen Stellen bei der Stadt Olten sind daher in regelmässigem Kontakt mit den Organen bei der Polizei Kanton Solothurn, bei der Bahnpolizei und der SIP.

3. *Ist das Betteln am Bahnhof gestattet? Inwiefern resp. weshalb wird es toleriert?*

Die Einwohnergemeinde Olten kennt in ihrem Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben kein Bettelverbot.

4. *Welche Massnahmen unternimmt der Stadtrat und welche sind geplant?*

Das Bahnhofareal liegt nicht in der Zuständigkeit der Einwohnergemeinde; somit sind direkte Massnahmen nicht möglich. Die Abteilung Ordnung und Sicherheit der Stadt Olten ist aber Teil des Sicherheitszirkels Bahnhof Olten und kann innerhalb dieser Arbeitsgruppe wie auch gegenüber der Polizei Kanton Solothurn Anliegen der Stadt platzieren.

5. *Inwiefern unterscheidet sich die Problematik vom Bahnhofgelände und zwar näheren Umgebung des Bahnhofs (Ländiweg, hinter dem Bahnhof, Aareufer Richtung Trimbach etc.)?*

Am Ländiweg ist es seit der Neueröffnung ruhig. Von Seiten Polizei konnten keine ausserordentlichen Feststellungen gemacht werden. Dasselbe gilt für den Bereich hinter dem Bahnhof. Am Aareufer in Richtung Trimbach wurden vermehrt Kontrollen durchgeführt, nachdem Meldungen eingegangen, dass sich dort Betäubungsmittel-Konsumenten aufhalten. Die Kontrollen verzeichneten indessen nur wenige Personen, welche der Betäubungsmittel-Szene zuzuordnen waren.

- - - -

Philippe Ruf, Interpellant: Die Antworten sind relativ kurz. Ich denke, alle haben sie gelesen oder können es jetzt innerhalb von kurzer Zeit lesen. Ich möchte aber trotzdem dem Stadtrat danken, dass er die Antworten geliefert hat. Ich glaube, wir haben diese Thematik nicht nur rund um den Bahnhof. Es sind zusammenhängende Probleme, welche wir, wie ich denke, mit der Kriminalität und der Sicherheit in Olten haben. Sie sind nicht neu, aber ich denke, sie haben sich in den letzten Jahren sicher stark verändert und sind auch stärker an die Oberfläche getreten. Ein Teil zeichnet sich, ich sage jetzt mal, vor allem bei den Opfern, oder bei den «Untersten» in der ganzen Kette, also nicht bei den Drogendealern, die sich in der Schützi und in der Stadt bewegen, oder dort, wo das Geld gewaschen wird, sondern bei den Konsumenten. Oder dort, wo auch die Dealer sind, rund um den Bahnhof und dort, wo die Opfer des Alkoholismus und von der Drogenszene landen. Und diese kommen ja nicht nur von Olten selber, sondern sie kommen auch von auswärts. Olten ist ein hochfrequenter Bahnhof. Entsprechend wird hier – wie soll ich sagen – im «Durchlauf» durch Olten geführt. Wir sehen keine grossen Veränderungen vom 2022 zum 2023. Dies legt uns Thomas Marbet in seiner Antwort auf die Interpellation dar. Er bestätigt aber auch, dass der Stadtrat dies problematisch zur Kenntnis nimmt, macht aber auch sehr klar, dass man die Verantwortung nicht bei der Stadt sieht. Wenn man das Ganze auf die anderen abschiebt. Man hat ja auch diesen Sicherheitszirkel gemacht. Ich habe mir diese Zahlen geben lassen. Am 20. Februar hattet ihr diesen Sicherheitszirkel, und man hat auf die vergangenen neun Monate zurückgeblickt. Diese Zahlen kann man nicht so absolut nehmen. Es beinhaltet zum Teil auch proaktive Kontrollen, das muss man schon beachten. Ich lese rasch vor, was in den letzten neun Monaten am Oltnen Bahnhof gelaufen ist: 96 Festnahmen (Anhaltungen, Polizeigewahrsam, vorläufige Festnahme etc.). Leib und Leben: 10 Tötlichkeiten, 1 Gewalt und Drohung. Vermögen: 6 Einbruchdiebstähle, 47 Diebstähle, 2 Hehlerei, Entreisssdiebstahl, 5 Ladendiebstähle. 2 Verstösse gegen das Verkehrsgesetz, 25 Fahrraddiebstähle. Kantonales Gesetz: 21 Trunkenheit etc., 4 Betteln. Übrige: 412 Meldungen, Kontrollen, Interventionen, Hilfeleistungen etc. Dies alles innerhalb von neun Monaten. Ganz ehrlich, die Antwort auf diese Interpellation war schwach und die Verantwortung einfach abzuschieben. Und wenn ihr diese Zahlen hört, könnt ihr die Verantwortung nicht weiterhin abgeben. Ich glaube, das ist problematisch, wenn ihr euch einfach aus der Verantwortung zieht und sagt: Hey, wir haben

den Sicherheitszirkel, an diesen gibt es regelmässig Meldungen. Die Polizei muss ausrücken, wenn ihr sie ruft. Ich glaube, wir sehen es in der Interpellation, von uns werden entsprechende Aufträge folgen. Wenn wir diese Szenerien haben, wie sie hier beschrieben haben, kann man sich jetzt nicht auf den Standpunkt der Antwort des Stadtrates stellen und sagen: Hey, à la Chief Wiggum, nicht mein Gebiet. Sondern man muss als Stadt effektiv Verantwortung wahrnehmen. Was spannend ist, es sind die gleichen Leute, die man in der ganzen Stadt begleiten kann. Ihr seht, von welchem Gebäude die Drogendealer losfahren und wenn ihrs bis zum Bahnhof geschafft habt, kommen dann die gleichen Drogendealer wieder und sind dort am Dealen. Die Opfer bewegen sich zwischen Bahnhof, zwischen Kirchgasse und danach wieder unten in der Schützi, wo sie sich wieder mit denselben Dealern treffen. Wir beobachten dies in Olten Tag für Tag. Und es ist eine gewisse Hilflosigkeit, weshalb dies so toleriert wird. Und hier ist der Stadtrat, der sich einfach auf den Standpunkt «Maulaffen feilhalten» stellt. Wir werden keine Veränderung herbeiführen können, wenn wir dies weiterhin so pflegen. Ich denke, es lässt sich in der Interpellation herauslesen, dass der Stadtrat dies effektiv als problematisch beobachtet, aber wenn wir die horrenden Zahlen und die Situation anschauen, dann interpretiere ich dies persönlich, und so sehen es zumindest auch meine Parteikollegin und meine Parteikollegen als «die Verantwortung nicht wahrnehmen». Und so haben wir diese Antworten aufgenommen und dies ist unser Feedback. Ich glaube aber, es wird auf meine Antworten Rücksicht genommen und man beantwortet meine Fragen und dafür danke ich. Ich glaube, die Fragen wurden korrekt beantwortet. Entsprechend der Frage der Interpellation, ja, die Antworten sind befriedigend, wie sie gestellt wurden. Inhaltlich sehen wir effektiv gewissen Schwierigkeiten.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich wehre mich dagegen, dass man uns vorwirft, die Verantwortung abzuschieben. Das ist sicher nicht so. Sonst wäre ich im Herbst 2022 mit der Kantonspolizei nicht auf Patrouille gegangen. Eine Nachtschicht. Das kann ich nur jedem empfehlen. Ich weiss nicht, ob es alle machen dürfen, aber ich habe es als Assistent gekennzeichnet machen dürfen und ich kenne nun alle einschlägigen Bars und den Oltner Bahnhof mit seiner Umgebung. Ein sehr eindrücklicher Rundgang, welche ich da machen durfte. Wir schieben diese Verantwortung sicher nicht von uns. Darum bin ich auch im Austausch beispielsweise mit der Bahnpolizei. Nicht sehr oft, das muss ich zugeben, aber jeweils an der Brevetierung in der Klosterkapelle. Aber auch da ist mir der Kontakt sehr wichtig. Wir treffen uns alle zwei Wochen. Ordnung und Sicherheit, auch eine Vertretung der Sozialdirektion, zusammen mit der Kantonspolizei, mit dem Regionenchef oder seinem Stellvertreter. Wir treffen uns alle zwei Wochen auch mit dem Anbieter der SIP. Die SIP wird nun abgelöst. Dieses Thema wird in einen Bereich Sicherheit und einen Bereich Aufsuchende Sozialarbeit bzw. Gassenarbeit aufgeteilt. Und wir nehmen diese Verantwortung auch wahr im Kontakt mit der Regierung selbstverständlich. Wir haben unlängst ein Schreiben an die Regierung gemacht, unsere Haltung, unsere Position, aber auch unsere Forderung wiederum deponiert. Ich treffe mich vierteljährlich mit dem Regionenchef um den Quartalsbericht anzuschauen. Wir haben uns letzte Woche für den Jahresbericht getroffen. Jährlich im Sommer treffen wir uns zu einem eher lockeren Austausch. Aber letztendlich es geht trotzdem, sei es bei einer Grillade oder bei einem Mittagslunch, auch immer auch um Sicherheit. Wir sind hier sehr aktiv und das ist auch der Grund, weshalb ich in der «Arbeitsgruppe Crack» bin, welche nun den Runden Tisch nicht initiiert, aber unterstützt vom Departement des Innern (DDI) mit den Suchthilfen, mit den Gemeindegewerke Perspektiven und auch der Suchthilfe Olten. Ich war gerade heute an der Generalversammlung. Wir hatten auch dort wiederum das Thema Sicherheit. Es ist so, wie du sagst, Philippe, Konsum zieht auch Handel an. Das ist leider so. Darum hat man dort einen Sicherheitsdienst installiert. Es hat rund CHF 100'000 gekostet. Wir sind froh, dass wir diesen Gemeindefranken von den Einwohnergemeinden zusätzlich erhalten haben und wollen dieser Situation entgegen. Man hat auch ganz klar Fremde weggewiesen. Wir haben auch Schreiben gemacht, wir haben Schreiben in den Aargau gemacht. Mein Kollege kann es vielleicht bestätigen, ich glaube, es waren Rothrist, Aarburg, Aarau. Die Antwort war: «Was kümmern uns eure Probleme.» Darauf haben wir entgegnet: «Es sind jedoch eure Leute.» Das war ein bisschen unschön. Also, wenn jemand die Verantwortung abschiebt, dann sind es die Gemeinden im Aargau. Wir nehmen sie wahr. Ich wehre mich noch einmal dagegen, dass wir unsere Verantwortung nicht wahrnehmen. Ich

gehe durch diese Stadt, ich mache mich auch bemerkbar. Natürlich braucht es immer ein bisschen Mut, auch Zivilcourage, um zu sagen: «Jetzt kannst du mal aufhören, herumzuschreien.» Ich weiss, das ist nicht angenehm. Das kann man von niemandem verlangen. Aber ich mache das, wenn ich durch die Stadt gehe. Ich mache hin und wieder auch mal eine Bemerkung. Aber natürlich braucht es immer ein bisschen Überwindung. Das ist so. Und das war auch der Grund, weshalb man diese «SIP» installiert hat. Eigentlich eine institutionalisierte Zivilcourage. Die Resultate daraus sind nun aber nicht so, wie sie sind. Deshalb haben wir auch nicht aufgegeben und deshalb analysieren wir es, um die Bereiche Sicherheit und Gassenarbeit zu trennen. Ich habe mich auch mit dem Kloster ausgetauscht, mit der Gassenküche an der Aarburgerstrasse. Ich glaube, ich muss das nicht weiter ausführen. Aber wenn mir die Sicherheit in dieser Stadt egal wäre, würde ich nicht so viel Energie, so viel Zeit investieren und so viele Gespräche führen mit meinen Kolleginnen und Kollegen. Übrigens auch im Kantonsrat habe ich mich immer für die Globalbudget-Erhöhung der Kantonspolizei eingesetzt. Ein wichtiges Thema. Gestern hatte ich Taxi-Konferenz mit allen Taxifahrerinnen und Taxifahrer, die sich angemeldet hatten und gekommen sind. Wir haben auch dort über Sicherheit gesprochen. Wir haben dort auch über Verhalten gesprochen und über Zivilcourage. Ich wehre mich dagegen, dass wir unsere Verantwortung abschieben. Das ist eigentlich mein Statement.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO hat bereits in einem Leserbrief zu dieser Interpellation Stellung genommen, aber wir möchten noch einmal die wichtigsten Punkte aufgreifen. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist uns enorm wichtig und es braucht auf dem Stadtgebiet, bzw. auch am Bahnhof sicher punktuelle Verbesserungen. Mit dem Vorstoss von Myriam Frey Schär zur Winkelunterführung wollten wir dieses Sicherheitsempfinden verbessern. Damals war aber unter anderen die SVP mitschuldig, dass dieser Auftrag scheiterte. Zudem ist es heute natürlich genauso ärgerlich, dass es immer noch so viele Velodiebstähle rund um den Bahnhof gibt. Mit zusätzlichen sicheren Veloabstellplätzen wären diese sicherlich zu vermeiden. Es ist für uns aber wirklich nicht verständlich, aus welchem Anlass der Bahnhof Olten zum Kriminalitäts-Hotspot Nummer 1 hochstilisiert wird. Die Kantonspolizei und der Stadtrat konnten mit konkreten Zahlen belegen, dass sich die Sicherheitslage nicht verändert, nicht verschlechtert, hat und die begangenen Delikte hauptsächlich auf Velodiebstählen beruht haben. Ich beziehe mich in diesem Votum vor allem auch auf das OT-Interview, welches wir im Leserbrief angesprochen hatten. Wir haben dieses als sehr unkritisch und tendenziös empfunden. Und wenn man es liest, wird einem relativ schnell klar, was das eigentliche Ziel solcher Interpellationen ist. Sie instrumentalisieren die Sicherheitsthematik, um fremdenfeindliche Parolen zu verbreiten, das Misstrauen gegenüber Migranten zu schüren. Wollte man tatsächlich etwas verändern, hätte man einen konkreten Prüfvorschlag machen können. Das ist nichts anderes als billiger Populismus. Traurigerweise sehen wir aber beispielsweise beim gestrigen Kantonsratsentscheid, was das Ergebnis des jahrelangen Diskursverschiebung gegen rechts ist. Repression gegenüber Asylsuchenden wird bis ins linke Lager salonfähig, ohne nachhaltige Lösungen zu präsentieren. Wir wehren uns gegen dieses rechte Narrativ und die Vereinnahmung dieses zweifellos wichtigen Themas. Wir wünschen eine ehrliche Debatte darüber, wie man das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung auf dem Stadtgebiet verbessern können, ohne mediales Agenda-Setting und ohne Effekthascherei.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Ein «Verantwortung abschieben» hat unsere Fraktion nicht gesehen. Da sind wir, glaube ich, mit dem Stadtrat einig. Wir waren aber trotzdem ein bisschen irritiert, dass einerseits vom Stadtrat in seiner Antwort auf die Frage 2 ausgeführt wird, dass die Situation angespannt ist, gleichzeitig liege aber das Bahnhofareal nicht im Zuständigkeitsbereich der Einwohnergemeinde. So die Antwort zu Frage 4. Das stimmt territorial natürlich nur teilweise, denn der Bahnzugang, Bahnhofplatz und der Teil Aarebrunnen und die Unterführung im Perimeter bis zum Blumenladen beim Aufgang zu den Bussen ist durchaus laut Grundbuch und gemäss unserem Kenntnisstand städtisches Gebiet, ist aber der SBB vertraglich zur Bewirtschaftung abgetreten worden. Zweitens: Anders als in anderen Bahnhöfen, das muss man sich in Olten bewusst sein und das ist eine etwas spezielle Situation, weil es ein Inselbahnhof ist, ist etwa ein Drittel der Personenfrequenz in der

Bahnhofunterführung rein innerstädtischer Transit. Also, von der rechten zur linken Stadtseite ist es ein Durchgangsort. Diese Unterführung ist eine zentrale Achse für uns Oltnern und Oltnern und entsprechend wichtig ist es, dass nicht nur tagsüber, sondern auch nachts, jederzeit eine sichere Querung möglich ist. Es geht natürlich auch um das subjektive Sicherheitsgefühl. Ich selber habe sicher kein Problem. Ich habe aber schon von Frauen gehört, die sagen, dass sie sich nachts in den Randstunden im Bahnhof Olten nicht sonderlich wohl fühlen. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Die öffentliche Sicherheit ist zentrale Aufgabe des Staatswesens. Es wäre, so unsere Einschätzung, aus diesem Grund wichtig, dass sich die Stadt Olten in den Sicherheitsfragen rund um den Bahnhof – ich beziehe mich explizit auf die Antwort auf Frage 4 – die Anliegen nicht nur platziert, sondern proaktiv einbringt und auch Forderungen stellt, sollte es notwendig sein. Hier bin ich froh um die Antwort des Stadtpräsidenten, der sagt, dass die Stadt tatsächlich eine aktive Rolle einnimmt. Die Lage ist angespannt, das entnehmen wir der Antwort. Noch ein formeller Hinweis bei der Beantwortung des Stadtrats von Frage 2: Die erwähnte Bahnpolizei – das ist nun formell – existiert seit 2009 nicht mehr. Seit 2009 wurden die polizeilichen Aufgaben in eine neue SBB-Transportpolizei überführt. Die Transportpolizisten können zwar Leute, die sich rechtswidrig verhalten, anhalten und Ausweiskontrollen durchführen. Aber wenn es Delinquenten sind, müssen diese auf Bahngelände der Kantonspolizei überstellt werden. Die Kantonspolizei kann ihrerseits unabhängig und jederzeit ebenfalls Kontrollen auf Bahngelände durchführen. Wir haben vom Sprecher der SVP gewisse Kennzahlen gehört. Der Einfluss der Stadt Olten ist in diesem Moment trotzdem sehr wichtig auf diesem Perimeter. Dass eben entsprechend durch die Sicherheitsorgane aktiv Leistungen eingefordert werden, sollte es notwendig sein und die Lage angespannt wäre. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass die Sicherheitslage um den Bahnhof sehr genau und kontinuierlich beobachtet wird und vor allem – und das ist unser Wunsch – man zeitnah reagiert, sollte es die Sicherheitslage bedingen. Denn, ich habe es zuvor ausgeführt, bei unserem Bahnhof in Olten ist es anders als in anderen Städten. Er hat eine eminent wichtige Funktion als Stadtseitenverbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger. Ein kleiner Hinweis an den Sprecher der Grünen. Stichwort Winkel: Wenn ich mich richtig erinnere, war die gestellte Forderung, dass man eine Enteignung vornähme. Und ich glaube, das war der Kritikpunkt, weshalb die Winkeldiskussion in eine andere Richtung ging. Und bezüglich Forderung sofort einen Prüfauftrag einzureichen: Ich glaube, es ist genau der richtige Weg. Wenn man zuerst eine Interpellation macht, bekommt man auf die Fragen die Antworten der Stadt und kann dann im Nachgang einen Prüfauftrag auslösen.

Christine von Arx, Fraktion SP/JSP: Dieser Vorstoss ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man die gleiche Situation unterschiedlich wahrnehmen kann. Erst als Vorbemerkung: Ich wurde als Fraktionssprecherin auserkoren, weil ich mit Abstand am nächsten zum Bahnhof wohne. Ich wohne quasi auf dem Bahnhof, direkt bei den Kurzzeit-Parkplätzen an der Martin-Disteli-Strasse. Auf dem Bahnhof höre ich den Bahnhof und muss zwangsläufig auch immer durchs Bahnhofareal laufen. Zuerst haben wir gedacht, gut, das ist das übliche Bashing der SVP gegenüber Menschen, die nicht ins gängige Schema passen und die man häufig an den Bahnhöfen antrifft. Wir sehen zwar auch, dass sich gewisse Leute am Bahnhof nicht wohlfühlen, aber objektiv gesehen gibt es eigentlich keine gravierenden Probleme. Die von Philippe genannten Zahlen muss man natürlich in Relation sehen zu den 80'000 Benutzerinnen und Benutzer pro Tag. Wenn man dies herunterbricht auf eine Kriminalitätsrate, ist man dann sehr tief. Ebenso muss man berücksichtigen, dass es die meisten Probleme am Samstag- und Sonntagmorgen gibt, wenn die ersten Züge aus den Grossstädten ankommen. Das sind nicht Bettlerinnen und Bettler oder Asylsuchende, die dort herumhängen. Das sind Einwohnerinnen und Einwohner von Olten, die dann den Bahnhof benutzen. Dann zu den von dir erwähnten und aufgezählten Problemen: Die Schiesserei war nicht am Bahnhof, sondern in der Trottermatte. Die Trottermatte ist mitten in einem relativ guten Wohnquartier. Ob diese Person irgendetwas mit dem Bahnhof zu tun hatte, weiss man ja nicht. Auch schleierhaft ist mir und allen andern, aber insbesondere mir persönlich, welche Probleme es bei der Treppe an der Martin-Disteli-Strasse und in der Martin-Disteli-Unterführung gibt. Es ist mir entgangen, dass es dort je Menschenansammlung gibt, die einen am Durchkommen hindern. Das, was die Leute erzählen, wie sie sich am Bahnhof fühlen und das, was man erlebt, wenn man häufig dort ist, sind zwei völlig unterschiedliche Sachen. Ich denke, das muss man im Zusammen-

hang mit dieser Diskussion immer ein bisschen im Hinterkopf halten. Zu den Antworten des Stadtrats: Du warst eigentlich dem Stadtrat gegenüber noch gnädig. Die Frage 3 ist schlicht und einfach falsch beantwortet. Selbstverständlich gibt es ein Bettelverbot am Bahnhof, verhängt durch die SBB und öffentlich einsehbar in der Bahnhofsordnung. Diese ist am Eingang des Bahnhofs aufgehängt. Durchsetzen muss es die SBB, das ist nicht Sache der Stadt. Die Bettlerinnen und Bettler, die sich dort aufhalten, befinden auf dem Areal der SBB, nicht auf jenem der Stadt. Und es ist ja auch nicht so, dass sie am Tag während 24 Stunden dort stehen. Sie stehen abends dort, während der Rushhour und das ist es dann gewesen. Wir möchten an dieser Stelle dazu appellieren, dass man gegenüber den Benutzerinnen und Benutzern des Bahnhofs etwas Toleranz walten lässt. Es hat dort tatsächlich Personen, die nicht dem gängigen Bild entsprechen. Aber man kann diese nicht einfach verunglimpfen und zu Kriminellen abstempeln. Am Bahnhof braucht es Akzeptanz und es gilt auch hier der Grundsatz: Machen wir Olten nicht immer schlecht und machen wir auch den Oltnen Bahnhof nicht immer schlechter als er ist. Vor allem, wenn man ihn mit Bahnhöfen von Grossstädten vergleicht.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Inhaltlich finden wir wichtig, dass die Unterführung nicht Sache der Stadt ist, und vieles regelt die SBB, wie es Christine auch schon ausgeführt hat. Beispielsweise mit dem Bettelverbot. Man dürfte unter dem Glaskubus auch nicht auf die Treppe sitzen. Weiter war es für uns nicht unerwartet und doch gleichzeitig sehr erfreulich zu lesen, dass die Situation am Ländiweg ruhig ist. Denn die Aufwertung von öffentlichen Räumen und soziale Kontrolle ist für uns das Mittel der Wahl. Wir sind grundsätzlich klar der Meinung, dass Repression kein nachhaltiges Instrument zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen darstellt. Wir anerkennen, dass es Leute gibt, die sich am Bahnhof Olten unsicher fühlen und es ist uns wichtig, die subjektive Wahrnehmung ernst zu nehmen. Wir werden hier im Parlament hoffentlich bald die Nachfolge der SIP bewilligen können, welche mit der neuen Struktur die aufsuchende Sozialarbeit und die Sicherheit trennen wird, und wir erhoffen uns davon, dass genau in diesem Bereich eine Verbesserung erzielt werden kann. Nämlich mit ganzheitlichen Massnahmen, anstatt Repression. Wir haben uns schon ein bisschen gefragt, was denn die wirkliche Absicht dieser Interpellation ist. Themenbewirtschaftung von bürgerlicher Seite funktioniert fantastisch. Das OT ist ein dankbarer Abnehmer und auch in der NOZ-Kolumne wurde das Thema mehrmals aufgegriffen und es wurden Leserbriefe geschrieben. Wir sehen das Ganze etwas kritisch.

Nico Zila, Fraktion FDP: Die Thematik wurde während der Debatte von vielen verschiedenen Seiten beleuchtet. Ich möchte nicht alle Punkte wiederholen, die wir in der FDP-Fraktions-sitzung besprochen haben. Ich glaube, für uns ist es klar, dass wir die Wahrnehmung des Interpellanten grundsätzlich teilen, dass das Sicherheitsgefühl am Bahnhof für viele Leute beeinträchtigt ist. Dies ist eine subjektive Wahrnehmung, die sich nicht messen oder durch einen Appell an Toleranz wegreden lässt und sehr individuell ausgeprägt ist. Ich glaube, das müssen wir ernstnehmen. Es sind entweder Einwohnerinnen und Einwohner oder Besucherinnen und Besucher von Olten, die sich teilweise auch zu ganz normalen Zeiten an unserem Bahnhof nicht wohl fühlen. Dass der Stadtpräsident in Kontakt ist mit all den Organisationen (persönliche Bemerkung: Inzwischen könnten wir uns wieder eine Stadtpolizei leisten), ist gut. Wir schätzen es, dass du in Kontakt bist mit der Bahn, mit der Kantonspolizei, mit der Suchthilfe, der SIP und allen, die hier eine Rolle spielen. Ich glaube, aus den Antworten ist nicht fehlender Wille, wie wir es auch gehört haben, sondern auch eine gewisse Machtlosigkeit herauszulesen. Wir haben heute mit der geballten Intelligenz von 40 Parlamentarierinnen und Parlamentariern wahrscheinlich nicht das ideale Rezept oder den Türöffner zu dieser Büchse gefunden, um diese Situation wirklich entscheidend zu verbessern. Ich glaube, es braucht die Politik der kleinen und unspektakulären Schritte. Es ist das Thema, da gebe ich dir recht, Laura, das sich gut eignet, um damit Politik zu betreiben, aber es werden mit polemischen Worten von beiden politischen extremen Seiten keine Probleme gelöst. Wir appellieren an den Stadtrat, diesen Kontakt weiterhin zu pflegen und das Problem auch ernst zu nehmen, so, wie es für einige oder viele Leute wirklich etwas ist, das sie daran hindert, gewisse öffentliche Räume zu betreten. Wir finden, das darf nicht sein.

Philippe Ruf, Fraktion SVP: Danke für die angeregte Diskussion. Ich glaube, es hat sehr viel Wahrheitsgehalt in verschiedenen Voten. Was Christine auch richtig zum Ausdruck gebracht hat, ist, dass man es in Kontext setzen muss, in die Frequentierung am Oltnen Bahnhof. Ich glaube, diese Zahlen hatte ich auch angesprochen. Was sich aber nicht leugnen lässt, ist, dass es sehr hohe Zahlen sind und dass sie sehr problematisch sind. Thomas, ich bin einfach nicht einverstanden mit dem, was du sagst: Du bemühst dich. Das mag vielleicht sein, dass du dich bemühst. Aber Briefe in die anderen Gemeinden schreiben und zum Lunch gehen und grillieren... Und nun frage ich auch: Die Zeit, die ihr angesprochen habt. Wir sehen ja offenbar, dass sich die Situation nicht verändert hat. Und ich glaube, du bist nun auch nicht seit ein, zwei Jahren in diesem Amt. Ich glaube, es ist sicher angemessen zu hinterfragen: Sind das die richtigen Massnahmen, die ihr bis jetzt ergriffen habt? Denn ich glaube, ihr könnt nicht wegreden, dass sich die Situation sicherlich zumindest nicht verbessert hat. Vielleicht ist sie gleich geblieben anhand der Zahlen. Ich behaupte, sie ist schlechter geworden. Aber ich glaube, da ist auch sehr viel Subjektivität vorhanden, das gebe ich zu. Aber ich glaube, du musst dich schon hinterfragen, ob Briefe schreiben und der Austausch, wie du es sagst, das Richtige ist, das von der Regierung in dieser Situation genutzt und offenbar seit Jahren gemacht wird. Du bist auch seit vielen Jahren im Amt. Offenbar hat es sich nicht verbessert. Also darf man sich sicher auch hinterfragen, ob es andere Massnahmen braucht, ob man es anders gehen muss, ich habe das Wort «ganzheitlich» gehört. Ich finde es angebracht, dass man sich überlegt, ob man hier andere Massnahmen ergreifen muss.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Ich möchte gerne etwas zu «es hat sich nicht verbessert oder verschlechtert» sagen. Ich glaube, man muss schon den Kontext sehen, wo wir im Moment stehen. Wenn du mal nach Lausanne oder Genf gehst und schaust: Das Thema «Crack» ist sehr, sehr, sehr verbreitet. Ich glaube, wir haben es in der Stadt Olten bis jetzt geschafft, dass dies im öffentlichen Raum noch nicht diese Präsenz eingenommen hat, wie es in den Grossstädten der Fall ist. Das würde ich mitunter auch der SIP gutschreiben. Du hast keine Ahnung, wie es heute wäre, hätten wir die nicht gehabt. Wir haben nie eine neutrale Situation, wir können es nicht beurteilen. Aber wir können heute sagen, dass wir den Draht zur lokalen Szene haben und dadurch präventiv wirken können, und dass Crack im Moment in der Stadt Olten noch dort ist, wo es sein sollte, nämlich in der Suchthilfe, in der kontrollierten Umgebung. Das ist in anderen Grossstädten ganz anders. Ich sage Lausanne, dort wurden etwa 100 neue Polizisten eingestellt, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe. In Genf arbeiten sie an ganz anderen Abgabestellen. Man muss einfach diesen Kontext sehen. Und bei uns, da gebe ich dir schon recht, ist das Thema Drogen für eine Kleinstadt sehr präsent. Das liegt an der guten Erreichbarkeit. Wir haben einen gewissen Ruf, was man in Olten bekommt. Auf diesen sind wir nicht stolz. Aber wir arbeiten daran, dass wir diesen Ruf wegbekommen mit gezielten Massnahmen. Ich freue mich sehr, dass du dich fürs Disteli-Gespräch am 12. Juni angemeldet hast. Wir gehen dort auf dieses Thema ein und ich bin auch gespannt auf deine Vorstösse. Das wollte ich zu diesem Thema noch ergänzen.

Timo Probst (JSP): Ich möchte das sagen, was ich bereits gestern gesagt habe, beim Thema «Kleine Anfragen». Ich bin natürlich inhaltlich überhaupt nicht auf der Linie von Philippe Ruf. Aber es geht halt ein bisschen in die gleiche Richtung. Es wurde schon sehr kurz beantwortet. Und merci, Thomas, du hast noch ein sehr langes Votum gehalten mit deinen Ausführungen. Aber das könnte man vielleicht halt doch noch schriftlich ausführen. Was die ganze Situation aber natürlich nicht einfacher macht – und das ist nun meine Kritik –, ist, dass man eigentlich immer wieder eine andere Frage stellt. In der Interpellation steht: Es geht um «Herumhängen, Lärm, Gepöbel, Abfall» und es wird unter anderem nach Betteln gefragt. Das war am 8. Januar. Dann im OT kommt dann plötzlich: Das Sicherheitsempfinden junger Frauen ist gestört. Und nun geht es um den Drogenhandel zwischen Bahnhof und Schützi. Also, eine Interpellation beantworten, bei welcher der Interpellant seine Fragen und Probleme jedes Mal wieder ändert, macht es natürlich auch nicht wahnsinnig einfach. Das ist auch meine Bitte: Wenn man dann schon den Aufwand macht und es ins Parlament bringt, dann kann man auch konkrete, gezielte Fragen stellen, auf welche man eine Antwort haben möchte. Und dann soll man nicht im Votum beispielsweise über den Drogenhandel in der Schütze sprechen, wenn es eigentlich

ums Sicherheitsempfinden am Bahnhof Olten geht. Das möchte ich noch sagen. Das macht es wirklich nicht einfach, saubere Antworten zu liefern.

Philippe Ruf (SVP): Bitte macht mich nicht dafür verantwortlich, was das OT schreibt oder andere Leute im OT sagen oder irgendetwas. Das ist mir schon noch ein Anliegen. Ich stehe selbstverständlich zu allem, was ich sage. Diejenigen Themen, die du aufgegriffen hast, da kann ich mich nicht erinnern, dass diese von mir gekommen wären. Wenn es darum geht, was eine Zeitung schreibt: Ich weiss nicht, wie oft sie dich schon etwas gefragt haben und was du danach gelesen hast - das ist nicht spezifisch ein Angriff aufs Oltner Tagblatt, sondern generell die Medien -, das ist noch einmal ein anderes Paar Schuhe. Und zu was sich die Zeitung entscheidet, worüber sie schreibt oder nicht, darauf habe ich keinen Einfluss. Dass mir die Lokalzeitungen nicht gut gesinnt sind, ist, glaube ich, kein Geheimnis. Von dem her glaube ich, wäre es verfehlt, mir zu sagen, ich hätte so etwas angerissen. Raphael, einfach ein bedeutender Unterschied: Ich glaube, hier müssen wir Lösungen finden. Ich glaube, es ist komplex. Aber ich bin nicht einverstanden, dass dies meine Aufgabe ist. Es ist eure Aufgabe.

Heinz Eng (FDP): Ich möchte Philippe für diese Interpellation danken, wie auch immer, in welcher Form sie ist. Denn es ist effektiv so, das haben wir eigentlich alle anerkannt, dass irgendwie ein gewisses subjektives Sicherheitsbedürfnis im Raum vom Bahnhof gestört ist. Christine du hast gesagt, Präsenz ist dort. Es fragt sich dann, ob zu den richtigen Zeiten. Am Morgen in der Rushhour, ich weiss nicht, ob je nachdem vier bewaffnete, zwei Polizisten, zwei Transportpolizisten unbedingt dort sein müssen, wenn um sieben, acht Uhr morgens die Leute zur Arbeit gehen. Ganz abgesehen davon, Christian, die bewaffnete Transportpolizei: Manchmal hat es dort Personen, also Polizisten, bei denen ich das Gefühl habe, dass die Pistole eher eine Bedrohung für den Polizisten ist als eine Abschreckung gegenüber jenen, auf die sie Wirkung haben müsste. Die SIP wurde angesprochen. Ihr kennt meine Meinung. In einem gewissen Auftragsmandatsverhältnis würden dies gewisse Gruppierungen mit schwarzen, bestickten Lederjacken gerne machen. Spätestens, wenn diese auftauchen, ist definitiv Ruhe. Um auf das zurückzukommen, das du, Christine, gesagt hast: Mir sind wirklich Fälle bekannt, vor allem von Frauen, nicht einmal von Männern. Sie gehen in den Ausgang, nach Zürich, nach Basel, nehmen den ÖV und kommen zurück um elf, halbzwölf. Passiert mir auch, ich nehme meistens immer den Zug. Und dann, in der Unterführung, ist es praktisch menschenleer. Die Läden sind bereits geschlossen usw. Und dann haben einfach einige Leute Angst, je nachdem nur schon zum Taxi zu gehen oder hinten, den Aufgang Richtung Tannwaldstrasse zu nehmen. Und das ist effektiv ein Faktum. Und dort müsste man vielleicht schauen. Darum wäre ich der Meinung, und du, Thomas hast es zuvor gesagt, bei all diesen Sitzungen, Besprechungen, Diskussionen, die du hast, bis zum Bach runter, wäre mal folgende Frage zu klären: Sind es die richtigen Leute oder die richtigen Sicherheitsmassnahmen am richtigen Ort und zur richtigen Zeit? Denn je nachdem braucht es dann eine verstärkte Präsenz von 22.00 Uhr bis Mitternacht oder 01.00 Uhr, wenn die letzten Züge fahren, und nicht irgendwie morgens um acht oder neun Uhr.

Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte): Lieber Philippe, ich habe mir heute erlaubt, die Kritik auch an den Stadtrat zu richten. Nun möchte ich es umgekehrt auch an dich machen. Deine Ausführungen zuvor, gegenüber dem Stadtpräsidenten, haben mich etwas irritiert. Ich finde es völlig okay, wenn du sagst, du seist mit der Beantwortung nicht zufrieden und dass die Massnahmen ruhig auch reflektiert werden dürfen. Aber die bisherigen Massnahmen so schlechtzureden, fand ich dann doch etwas schräg, und ich habe gemerkt, dass ich hier damit nicht allein bin. Daher möchte ich vorbringen, dass ich auch hier im Parlament einen respektvollen Umgang von allen Seiten wichtig finde. Zum Thema selber: Das finde ich effektiv auch wichtig. Auch für mich persönlich sind Sicherheitsmassnahmen am Bahnhof zentral. Ich persönlich bin stolz auf diesen zentral gelegenen Bahnhof Olten, den wir hier haben, mit den tollen Verbindungen und ich habe in diesem Zusammenhang die Aussage von Christine gut empfunden, dass wir ihn gleichzeitig nicht schlechter darstellen dürfen als er ist und dass man wirklich beides im Fokus behalten soll.

Christine von Arx (SP): Ja, Heinz, ich kann dir versichern, ich gehe zu allen Tages- und Nachtzeiten dort vorbei. Ich bin auch schon zwischen der Anzeige des letzten Zuges und der Anzeige des ersten Zuges dort durchgelaufen. Es hat auch mitten in der Nacht Bahnpolizei dort. Sie sind am Wochenende, abends um 23.00 Uhr, um Mitternacht dort. Wenn am Wochenende die ersten Züge einfahren, hat es immer Bahnpolizei vor Ort, denn dann braucht es sie auch. Aber das habe ich bereits gesagt, das sind dann Oltnerinnen und Oltner. Von dem her gesehen, ja, gibt es Probleme, aber man muss sie in Relation setzen. Ich verstehe, dass man sich unwohl fühlen kann, wenn man dort vorbeigeht. Aber es ist auch so, dass es sicherer ist, als uns hier vorgegaukelt wird.

Claudia Schmid (SP): Ich möchte noch folgendes ergänzen: Es gibt auch noch andere Möglichkeiten fürs Sicherheitsgefühl oder Sicherheitsempfinden, das nicht zwingend mit repressiven Massnahmen zu tun hat. Man macht sehr gute Erfahrungen mit guter Beleuchtung. Es gibt die Möglichkeit von sogenannten Notfallknöpfen in Unterführungen. Es gibt ganz viele verschiedene Sachen, die man angehen könnte. Der andere Punkt, den ich erwähnen möchte: Es kann eigentlich sehr, sehr viel auf der Ebene der Prävention gemacht werden. Und auch auf der Ebene der aufsuchenden Sozialarbeit. Dafür muss man halt einfach ein bisschen investieren. Aber wenn man auf nationaler, auf kantonaler und lokaler Ebene permanent immer gegen irgendwelche präventiven Massnahmen, gegen den Einsatz von Sozialarbeitenden und, und, und, hält, kommt man irgendwann an einen Punkt, wo man es, ja, einfach nicht hat und dann hat man vielleicht den Salat. Vielleicht sollt man manchmal einfach ein bisschen besser vorausdenken.

Christian Ginsig (GLP): Ich möchte kurz Heinz Eng eine Antwort geben. Die Polizei ist nicht zum Herumschiessen mit Schusswaffen ausgerüstet. Das ist nicht ihre Kernaufgabe. Es ist für ihre sogenannte Eigensicherung, im polizeilichen Jargon ausgedrückt. Der Grund, weshalb die Transportpolizei auch damit ausgerüstet ist, ist, dass sie zusammen auf Einsatz gehen. Und ansonsten gibt es eine Eigensicherung und Fremdsicherung und das ist jedes Mal etwas sehr Kompliziertes. Es geht hier also wirklich um die Präsenz. Noch zur Präsenz morgens um 7 Uhr. Das ist eben das, was Christine von Arx auch schon gesagt hat. Es gibt die subjektive Sicherheit. Da zeigt man Präsenz und ist auch zu Zeiten dort, wenn es eigentlich nicht notwendig ist. Und es gibt die objektive Sicherheit. Da muss man ausrücken, wenn es ein Sicherheitsproblem gibt. An dieser Stelle vielleicht noch ein kleines Dankeschön an die Kantonspolizei, an die Transportpolizei und sonstigen Sicherheitsorgane, die Tag und Nacht für unsere Sicherheit sorgen und wir uns dadurch sehr sicher durch den Bahnhof bewegen können. Danke.

Marc Winistörfer (SVP): Ich möchte etwas zum Votum meiner FIKO-Kollegin Claudia sagen. Die Aussage, dass wir das Geld nicht ausgeben und dadurch gewisse Leistungen nicht haben, ist natürlich kreuzfalsch. Ich meine, ein Blick ins Budget und in die Rechnung belegt es. Man kann es auch im Protokoll nachlesen. Die Ausgaben werden hier im Saal natürlich immer gesprochen. Da seid ihr ja meistens vorneweg, wenn es um Ausgaben bei Prävention geht. Wir sind hier vielleicht etwas kritischer. Aber effektiv werden die Ausgaben getätigt, die Leistungen werden eingekauft oder werden von der Stadt selber erstellt. Da wehre ich mich einfach dagegen, dass man uns das Schuhe in die schiebt, weil wir bei den Ausgaben kritischer sind, dass man gewisse Präventionsleistungen nicht tätigen kann. Das stimmt einfach schlicht nicht. Und das kann man auch im Budget und in den Budgetdebatten nachlesen.

Claudia Schmid (SP): Merci, Marc. Ja, ich möchte das präzisieren. Daher habe ich zuvor gesagt, auch auf nationaler und kantonaler Ebene. Also, gerade, wenn man beispielsweise das Thema «Crack» anschaut. Man weiss seit zwei, drei Jahren, dass diese Welle kommen wird. Immer wenn es in den USA gross verbreitet ist, kann man damit rechnen, dass es zwei Jahre später in Deutschland und Frankreich ist und danach kommt es in die Schweiz. Es beginnt in den Grossstädten und dann fliesst es weiter. Das ist bei allem seit immer das gleiche Muster. Auf nationaler Ebene muss man wirklich sagen, es fließen viel, viel zu wenig Investitionen in die Präventionsarbeit, um dort klare Massnahmen zu ergreifen und den

Menschen, die suchtbetroffen sind, wirklich richtige Hilfestellungen zu geben in unserer Gesellschaft. Und dies verbreitet sich auch bis in die Gemeinden. Das ist einfach ein Phänomen, das wir irgendwie nicht ändern können.

Marc Winistörfer (SVP): Ja, ich gebe dir recht. Ich weiss das, da ein guter Kollege von mir Generalsekretär beim Polizeidepartement vom Kanton Luzern ist. Genau dies hat er mir vor etwa einem halben Jahr gesagt. Sie hatten dieses Problem schon damals, nun haben sie es, glaube ich, definitiv. Er hat mir gesagt, es wird sich wie in einer Welle weiterverbreiten. Raphael hat dies auch schon gesagt und ist für mich unbestritten, dass es wirklich ein Problem ist. Es gibt verschiedene Gründe. Wie du aus meiner Sicht sicher richtig gesagt hast, ist es die Verkehrsanbindung. Olten ist eben nicht nur für Pendler super, welche legal arbeiten, sondern eben auch für jene, die nicht legal arbeiten und diese nützen das sicher auch aus. Es gibt bestimmt noch weitere Gründe. Es sind vielleicht nicht unbedingt die Drogen von jenen, die viel verdienen, sondern eher von denen, die weniger verdienen. Das hat vielleicht auch mit der Ressourcenschwäche der Region – nicht von der Stadt, sondern der Region – Olten zu tun. Ich wollte nicht sagen, dass national nichts gemacht wird. Aber die Aussage war eben auch: Auch bei uns, oder zumindest hat es für mich so getönt, als würden wir hier das irgendwie blockieren, was nicht der Fall ist.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 64

Auftrag Anna LeaENZler, Christine von Arx (SP) und MU betr. Verlängerung Badi-Saison Olten/Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 23. November 2023 wurde eine Anfrage von Anna-LeaENZler und Christine von Arx, SP, und Mitunterzeichnende, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Badi Olten wetterabhängig ihre Saison bis in den Oktober hinein verlängern könnte.

Begründung:

Angesichts der vermehrt höheren Temperaturen im Herbst, ist das bisherige Saisonende der Badi im September neu zu evaluieren. Wir bitten den Stadtrat deswegen sorgfältig und detailliert zu prüfen, ob und wie die Öffnungszeiten der Badi Olten ab Mitte September 2024 flexibilisiert werden können.

Wärmeres Wetter

Wir erleben momentan einen kontinuierlichen Anstieg der Durchschnittstemperaturen. Dies hat zur Folge, dass warme Sommerperioden länger andauern. Das wiederum steigert den Bedarf nach erfrischenden Freizeitmöglichkeiten. Es ist wichtig, dass wir als Stadt auf diese veränderten klimatischen Bedingungen reagieren und sicherstellen, dass unsere Freizeiteinrichtungen den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden.

Physisches und psychisches Wohlbefinden

Die Vorteile dieser Massnahme sind vielfältig: Einerseits fördert Schwimmen generell und Abkühlen im Wasser bei grosser Hitze die physische Gesundheit. Eine verlängerte Freibadsaison ist also unter dem Aspekt zu begrüssen, dass Oltner*innen die Annehmlichkeiten der Badi auch im Herbst geniessen können. Andererseits begünstigt der Badibesuch soziale Interaktion und stärkt die Gemeinschaft. Ein Freibad bietet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für alle – das allgemeine Wohlbefinden der Oltner*innen wird gestärkt.

Die Stadt macht damit ein bereits attraktives Angebot noch «attraktiver».

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Es ist durchaus möglich, die Badisaison in Olten grundsätzlich um einen Monat zu verlängern. Dies kann nicht kurzfristig erfolgen. Eine Saisonverlängerung muss vor der Saison fixiert werden, um eine klare Ausgangslage für die Arbeitnehmenden zu schaffen. Diese nehmen in der Regel eine andere Tätigkeit nach Saisonschluss auf.

Sofern der Soverän entscheidet, den Garderobentrakt aus den 1930er Jahren zu sanieren, erfolgt der Baustart voraussichtlich nach dem Saisonende 2024. Aufgrund der Sanierungsarbeiten wird sich der Saisonstart 2025 um einen Monat nach hinten verschieben. Deswegen ist bisher eine Verlängerung der Badisaison 2025 vorgesehen.

Die variablen Kosten einer Saisonverlängerung um einen Monat betragen rund CHF 77'000.- Darin enthalten sind die Personal- und Energiekosten, die Kosten der Wasseraufbereitung, Materialkosten, Abfallentsorgung und alle anderen zusätzlichen Aufwendungen, die üblicherweise in einem laufenden Bäderbetrieb anfallen. Diese Mehrkosten könnten mit einer Anpassung der Abonnementpreise von CHF 20.- pro Saisonkarte amortisiert werden.

Eine Verlängerung der Saison hat Auswirkungen auf die Öffnungszeiten des Hallenbades, da hier teilweise Personal des Freibades beschäftigt ist. Üblicherweise öffnet das Hallenbad seine Türen Anfang Oktober, mit einer Verlängerung der Freibadsaison wird sich dies voraussichtlich auf Mitte Oktober verschieben.

Der Stadtrat schlägt im Sinne der Initiantinnen vor, die Freibadsaison ab 2026 nach dem Umbau der Garderoben jeweils um einen Monat zu verlängern und die Eröffnung der Hallenbadsaison darauf abzustimmen. Das Saisonabonnement für das Freibad wird um CHF 20.- erhöht. Der Preis für das Saisonabonnement für das Hallenbad wird entsprechend reduziert. Die Gebührenordnung muss entsprechend angepasst werden.

Der Stadtrat beantragt den Auftrag erheblich zu erklären und gleichzeitig infolge Erfüllung abzuschreiben.

- - - -

Christine vom Arx, Auftraggeberin: Wir sind erfreut über den Goodwill, welchen der Stadtrat unserem Prüfauftrag entgegenbringt. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass eine Öffnung der Badi bis Ende September auch für Nicht-Hardcore-Schwimmerinnen und -Schwimmer gewünscht wird. Im September ist es häufig während des ganzen Monats sehr warm und auch das Aare-Schwimmen ist ohne Probleme bis Ende September möglich. Wir verstehen, dass man sich überlegen muss, bei einer Saisonverlängerung eine Anpassung des Preises vorzunehmen. Wir möchten aber in diesem Fall noch anregen, sich zu überlegen, ob man quasi ein «Sommer Sommer-Abo» machen will für die Monate Juni, Juli und August, wenn die Badi abends länger geöffnet ist. Denn es können nicht alle die Badi nutzen, wenn sie nur bis 19 Uhr geöffnet bleibt. Dies einfach als zusätzliches Angebot. Was die regelmässigen Schwimmerinnen und Schwimmer auch zu schätzen wüssten, wäre, wenn die Badi nach der Sanierung des Gebäudes wieder im Mai öffnen würde, obwohl man die Saison in den Herbst verlängert. Schade ist, dass angedacht ist, das Hallenbad später zu öffnen. Das wird vor allem Familien mit Kindern treffen, welche in der Ferienzeit das Hallenbad nutzen. Das ist auch ein bisschen daran geschuldet, dass die Badi bzw. das Bäderteam, das für den Betrieb beider Schwimmanlagen zuständig, offensichtlich nicht in der Lage ist, ein bisschen flexibler auf die Wettersituation zu reagieren. Ich erspare euch nun ein flammendes Plädoyer, wie es Heidi Ehram gemacht hat über die Bedeutung der Badi für die Volksgesundheit und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Einfach kurz: Die Badi ist für viele im Sommer ein zweites Zuhause. Wir finden es gut, dass der Stadtrat bereits einen fixen Plan hat, wie er es umsetzen möchte. Wir könnten uns auch vorstellen, dass man das Ganze etwas vorsichtiger angeht und nicht jetzt schon sagt, dass es bis in alle Ewigkeiten so bleiben wird, dass die Badi bis Ende September geöffnet bleibt. Als Entgegenkommen gegenüber einigen Skeptikern wären wir durchaus auch offen dafür, dass man sagt, man schaut mal während fünf Jahren, wie es läuft, ob diese Klimaänderung bereits so weit ist, dass der September tatsächlich immer ein Badi-Monat ist und danach noch einmal über die Bücher geht. Ich bitte euch deshalb den Auftrag erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben. Es ist bislang erst eine Absichtsausserung des Stadtrats und es ist noch nichts umgesetzt. Und von dem her gesehen ist es wichtig, dass dieser Auftrag weiter stehenbleibt.

Stadträtin Marion Rauber: Christine hat schon fast alles gesagt. Viel kann ich nicht ergänzen. Wir stehen diesem Anliegen wohlwollend gegenüber. Wir hatten tatsächlich, da wir jetzt diesen Umbau planen, bereits die Absicht, dass man im Jahr des Umbaus die Saison tatsächlich etwas nach hinten verlängert. Es ist so und wir haben es auch in der Beantwortung geschrieben, dass wir es nicht flexibel oder kurzfristig handhaben können, solche Entscheidungen zu treffen. Wir haben bei uns Personal, das auch eine Planungssicherheit braucht. Denn tatsächlich geht nach der Sommersaison ein Teil ins Hallenbad und übernimmt dort. Ein anderer Teil wird dann eigentlich nicht mehr benötigt. Im Hallenbad brauchen wir natürlich viel weniger Leute. Und diese Leute haben zum Teil noch andere Jobverpflichtungen und wir müssen ihnen dies natürlich auch zugestehen, dass sie dann gehen dürfen, und ihren Zweitjob, den sie über die Wintermonate haben, antreten können. Wir haben auch geschrieben, dass wir vorschlagen, den Saison-Abopreis zu erhöhen und sich mit diesem Entgegenkommen das Hallenbad von den Öffnungszeiten her etwas anpassen müsste. Wir können mit dem jetzigen Personalbestand nicht beides parallel betreiben. Das funktioniert leider nicht. Aber wir stehen dem grundsätzlich wohlwollend gegenüber. Es ist, wie wir finden, eine gute Idee. Es entspricht eigentlich auch ein bisschen unseren klimatischen Bedingungen, die wir aktuell antreffen. Und man kann natürlich jederzeit wieder zurückgehen, wenn man merkt, wie du gesagt hast, Christine, dass es sich nicht bewährt, oder dass sich das Klima wider Erwarten wieder anders zeigen sollte.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Ich kann natürlich tatsächlich kein solch flammendes Votum halten wie Heidi Ehrsam selig. Das ist so. Aber unsere Fraktion dankt den Auftraggeberinnen für diesen Prüfauftrag und die Fragestellungen. Auch wir unterstützen das Anliegen, dass die Badisaison verlängert werden kann. Es ist klar, dass jeweils in der Vorsaison oder wenn es noch regnerisch ist, oder vielleicht in der Nachsaison, wenn das Wetter etwas bewölkter ist, vor allem im 50 m-Becken noch Leute sind und die Badi vielleicht nicht so stark frequentiert ist, wie während den heissen Sommermonaten. Da die Sanierung des Garderobentrakts bereits in der kommenden Saison ohnehin versetzt gearbeitet wird und diese versetzt endet, können wir es im 2025 direkt in einem Praxistest prüfen, ob es bei den Leuten ankommt. Auch die Erhöhung der Abopreise um CHF 20 für einen Zusatzmonat begrüßen wir. Allerdings darf das unserer Ansicht nach frühestens 2026 umgesetzt werden, wenn der Mehrwert eines Zusatzmonats auch tatsächlich da ist, der genossen werden kann. Unsere Fraktion wird das Geschäft einstimmig überweisen.

Thomas Fürst, Fraktion FDP: Wir danken den Auftragsstellerinnen für den Auftrag und der Stadträtin für die Beantwortung. Wir finden es eine gute Sache. Es ist eine grosse Investition. Wenn man es einen Monat länger betreiben kann, macht es durchaus Sinn. Ich finde auch den pragmatischen Ansatz richtig, dass man es ein, zwei Jahre anschaut, schaut, ob die Nachfrage da ist und dann nachträglich noch einmal entscheidet, ob man es beibehält oder nicht. Alles in Allem eine super Sache.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Nachdem wir gestern das wichtigste Geschäft der Legislatur behandelt hatten, kommen wir nun zum Zweiwichtigsten. Ich kann es entsprechend kurz machen. Die SVP-Fraktion wird dem Auftrag von Anna-LeaENZler und Christine von Arx zustimmen. Wir finden das grundsätzlich sehr prüfenswert, möchten aber trotzdem beliebt machen – wir haben es zuvor gehört –, dass es, glaube ich, auch für die Auftraggeberinnen nicht bestritten ist, dass allfällige Mehrkosten nicht dem Steuerzahler auferlegt werden, sondern von den Nutzern mitgetragen werden. Wir werden nicht nur dem Auftrag zustimmen, wir werden auch der Abschreibung, wie es die Stadträtin im B + A beantragt, zustimmen.

Vivek Sharma, Fraktion OJ: Wir von OJ bedanken uns bei den Auftragsstellerinnen ebenfalls für diesen Auftrag und danken dem Stadtrat für die Antwort. Wir finden den Lösungsvorschlag auch pragmatisch und gut und prüfenswert. Und auch, dass keine Mehrkosten entstehen sollen und dass auch die Geschichte mit dem Hallenbad mitberücksichtigt wurde. Wir finden diesen Lösungsweg gut und wir werden diesen Auftrag auch unterstützen und für erheblich erklären.

Manuel Höfler, Fraktion GO/JGO: Ein Dank an die Initiantinnen auch von unserer Seite für diesen Vorstoss. Es ist super, dass wir nun die Rahmenbedingungen und Kosten kennen und dass wir wissen, was die logistischen Konsequenzen der Ausdehnung der Badesaison sind. Bestimmt ist es uns allen schon mal so ergangen, dass man gedacht hat: «Oh, wie wäre es schön, wenn jetzt im September die Badi noch geöffnet wäre.» Wir begrüßen es ebenfalls sehr, dass wir uns nun auseinandersetzen, wie wir unsere Angebote in der Hinsicht auch der Klimakrise anpassen müssen. Das wird uns noch an ganz anderen Orten blühen. Eine Verlängerung der Badesaison ist ja nun nicht einfach so möglich, ohne andere Konsequenzen. Das eine ist das teure Abo. Das ist nachvollziehbar. Aber das andere: Die Initiantinnen haben eigentlich gefordert, dass es flexibel möglich sein soll. Die Folge, dass nun das Hallenbad während den Schulherbstferien nicht offen sein wird, ist für viele, die für etwas Sonne tanken nicht nach Mallorca fliegen, ein relativ wichtiger Punkt. Ich finde es super, wenn die Badi bis Ende September offenbleibt. Aber es wäre auch mega, mega wichtig, wenn das Hallenbad auf Anfang Schulferien geöffnet würde. Ich würde es mega super finden, Marion, wenn ihr vielleicht noch überlegen könntet, vielleicht temporär zusätzlich Leute anzustellen, dass wenn das Hallenbad öffnet, diese nahtlos «rübergehen» könnten. Denn ich glaube, man darf das nicht unterschätzen. Ich meine, im Oktober gehst du mit den kleinen Kindern wahrscheinlich eher nicht mehr in die Badi. Unsere Fraktion wird deswegen ein bisschen unterschiedlich abstimmen. Je nachdem, wie wichtig das Hallenbad jetzt ist.

Daniela Minikus, Fraktion SP/JSP: Diesen Auftrag können wir auf jeden Fall noch in einer anderen Hinsicht nachvollziehen. Und zwar, dass das ganze Areal während sieben bis acht Monaten nicht genutzt werden kann, weil es geschlossen ist. Und da sollten wir uns eigentlich einmal wachrütteln, dass wir im Zentrum von Olten an bester Lage mit öffentlichem Charakter ein Grundstück haben mit der Anbindung an die Aare, das während zwei Dritteln des Jahres nicht genutzt wird. Vom Schützenmattweg, über das Schützgebäude, mit der Liegewiese, bis zum Gäubahnbrüggli ist dies ein städtisches Grundstück mit 26'500 m². Und wenn man die Geodaten mit den Grundstücksinformationen mit der Bodendeckung anschaut, gehören 13'800 m² zur Gartenanlage. Das ist doch eine beachtliche Menge. Ein grosser Teil ist innerhalb der Badi-Anlage. Das angrenzende Grundstück mit dem Garderobegebäude, der Technik und dem Schwimmbekken beträgt noch einmal 10'400 m², davon sind 20% Wasserbecken und nochmal 2000 m² Grundstücksfläche. Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass es in die richtige Richtung geht und man diese Zentrumslage immer je mehr nutzt und auch als Zwischennutzung ein Angebot einrichtet, wie es andere Städte machen, wenn man eine solch zusammenhängende Grünanlage hat und es neu bewirtschaftet und es sich neu überlegt. Als Vergleich: Die Fläche des Stadtparks ist 14'000 m². Wir müssen uns auch für die Zukunft sehr gut bewusst sein, was wir mit dieser grossen Fläche dieser Badi-Anlage anstellen wollen.

Beschluss

Mit 35 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Beschluss

Mit 30 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betreffende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 16. Mai 2024

Prot.-Nr. 65

Interpellation Thomas Fürst (FDP) und MU betr. Praxis der Stadt Olten in Bezug auf das Engagement im freien Markt/Beantwortung

Am 22. November haben Thomas Fürst (FDP) und MU folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird höflich um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. In welchen Geschäftsfeldern tritt die Stadt Olten direkt mit Angeboten auf dem freien Markt auf?
2. An welchen öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen ist die Stadt Olten in welchem Umfang beteiligt?
3. Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte Auftreten der Stadt Olten mit Angeboten auf dem freien Markt beschränken?
4. Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte oder indirekte (z.B. durch die Bestimmung von Vertreterinnen und Vertretern) Engagement der Stadt Olten in öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen beschränken?
5. Verfügt die Stadt Olten über kodifizierte Leitlinien oder dergleichen betreffend die Frage, ob und inwiefern sie direkt mit Angeboten auf dem freien Markt auftritt?

Falls ja: Wie lauten diese?

6. Verfügt die Stadt Olten über kodifizierte Leitlinien oder dergleichen betreffend die Frage, ob und inwiefern sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen investiert und auf deren Entscheide Einfluss nimmt?

Falls ja: Wie lauten diese?

7. Inwiefern nimmt die Stadt Olten direkt oder indirekt Einfluss auf die Strategie und/oder die Geschäftstätigkeit der BOGG?
8. Hat die Stadt Olten dirket oder indirekt auf den konkreten Entscheid der BOGG Einfluss genommen, die HUG Schriften GmbH zu übernehmen und in die BOGG zu integrieren?

Falls ja:

- a) Welche Haltung hat sie dabei vertreten und weshalb?
- b) Gab es in Bezug auf die Nachfolgeregelung der HUG Schriften GmbH auch private Interessenten?

9. Wie ist generell die Haltung des Stadtrats betreffend die Frage, ob die Stadt Olten mit Angeboten auf dem freien Markt auftreten und die Privatwirtschaft konkurrenzieren soll?

Begründung:

Die Busbetrieb Olten Gösgen Gäu AG (BOGG) erschliesst als regionaler Nahverkehrsbetrieb unter anderem die Bezirke Olten, Gösgen und Gäu. Das Aktionariat der BOGG besteht gemäss Geschäftsbericht 2022 aus dem Kanton Solothurn (22,103%) sowie verschiedenen betroffenen Gemeinden; die grösste Aktionärin ist die Stadt Olten (36,857%). Die Betriebserträge der BOGG bestehen gemäss Geschäftsbericht 2022 zu über 50% aus Abgeltungen für Leistungsvereinbarungen mit der öffentlichen Hand.

Im Oktober 2023 hat die BOGG mitgeteilt, dass sie das Unternehmen HUG Schriften GmbH per 1. Oktober 2023 übernimmt und unter der Bezeichnung «BOGG Werbetechnik» in die BOGG integriert. Die HUG Schriften GmbH bzw. die BOGG Werbetechnik war bzw. ist in den Bereichen Haltestellentafeln, Signaletik, Schutzfolien, Beschriftung und Digitaldruck und entsprechend im freien Markt tätig.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. *In welchen Geschäftsfeldern tritt die Stadt Olten direkt mit Angeboten auf dem freien Markt auf?*

Die Einwohnergemeinde tritt mit Ausnahme von der Vermietung von Mietwohnungen nicht direkt auf dem freien Markt auf.

2. *An welchen öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen ist die Stadt Olten in welchem Umfang beteiligt?*

Die Einwohnergemeinde Olten ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

- Städtische Betriebe Olten sbo (100%)
- Stadttheater Olten AG (100%)
- BOGG AG (36,86%)
- Sportpark Olten AG (90,28%)
- Genossenschaft Tennisanlage Gheid (55,27%)
- VEBO (Genossenschaftskapital im Betrag von 20'000 Franken)
- Genossenschaft APH Stadtpark (49%)
- Genossenschaft APH Brüggli, Dulliken (14,5%)
- Stiftung für soziale Zwecke (Stiftungskapital in der Höhe von 100'000 Franken)
- Zweckverband Abwasserregion Olten (Anteil an vorausbezahlten Gebühren: 44%)

3. *Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte Auftreten der Stadt Olten mit Angeboten auf dem freien Markt beschränken?*

Die rechtlichen Grundlagen werden durch die Bundesverfassung, die Kantonsverfassung und die Gemeindeordnung der Stadt Olten definiert.

4. *Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte oder indirekte (z.B. durch die Bestimmung von Vertreterinnen und Vertretern) Engagement der Stadt Olten in öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmen beschränken?*

Dazu kann auf die Richtlinien für die Public Corporate Governance der Einwohnergemeinde Olten (EGO) betr. Vertretung in der strategischen Führung von öffentlichen Unternehmen in mehrheitlichem Besitz der EGO vom 24. Oktober 2016 verwiesen werden (vgl. Beilage).

5. *Verfügt die Stadt Olten über kodifizierte Leitlinien oder dergleichen betreffend die Frage, ob und inwiefern sie direkt mit Angeboten auf dem freien Markt auftritt?*

Nein.

Falls ja: Wie lauten diese?

6. *Verfügt die Stadt Olten über kodifizierte Leitlinien oder dergleichen betreffend die Frage, ob und inwiefern sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen investiert und auf deren Entscheide Einfluss nimmt?*

Falls ja: Wie lauten diese?

Vgl. Antwort auf Frage 4.

7. *Inwiefern nimmt die Stadt Olten direkt oder indirekt Einfluss auf die Strategie und/oder die Geschäftstätigkeit der BOGG?*

Die Stadt hat gemäss Aktionärsbindungsvertrag Anspruch auf einen Sitz im Verwaltungsrat der BOGG AG. Zudem hat der Stadtrat eine öffentlich einsehbare Eignerstrategie für die BOGG AG definiert, in welcher er die Interessen der Einwohnergemeinde als mit einer Beteiligung von 36,86% grösste Aktionärin festlegt. Unter Berücksichtigung dieser Eignerstrategie definiert der Verwaltungsrat der BOGG AG seine Unternehmensstrategie, welche die operative Geschäftstätigkeit bestimmt. Da es sich um eine privatrechtliche AG handelt, ist der Verwaltungsrat vollumfänglich verantwortlich für diese Geschäftstätigkeit. Der Verwaltungsratspräsident und der Direktor der BOGG legen dem Gesamtstadtrat in einem jährlich stattfindenden Gespräch Rechenschaft über die Erfüllung der in der Eignerstrategie vorgegebenen Ziele ab und berichten über den Geschäftsgang.

8. *Hat die Stadt Olten direkt oder indirekt auf den konkreten Entscheid der BOGG Einfluss genommen, die HUG Schriften GmbH zu übernehmen und in die BOGG zu integrieren?*

Nein. Der Stadtrat hatte im Vorfeld des Entscheids keine Kenntnis von der Absicht der BOGG AG, die Geschäftstätigkeit der HUG Schriften GmbH in ihre bestehende Organisation zu übernehmen. Dies wurde denn auch in einem Gespräch mit den Verantwortlichen moniert.

Falls ja:

a) Welche Haltung hat sie dabei vertreten und weshalb?

b) Gab es in Bezug auf die Nachfolgeregelung der HUG Schriften GmbH auch private Interessenten?

9. *Wie ist generell die Haltung des Stadtrats betreffend die Frage, ob die Stadt Olten mit Angeboten auf dem freien Markt auftreten und die Privatwirtschaft konkurrenzieren soll?*

Der Stadtrat ist grundsätzlich der Ansicht, dass die Einwohnergemeinde in der Regel nicht mit Angeboten auf dem freien Markt auftreten soll. Bei ausgegliederten Aktivitäten, sei es im vollständigen oder im teilweisen Besitz der öffentlichen Hand, geht es hingegen gerade darum, dass sie durch die Ausgliederung mit ihren Aktivitäten verbesserte Möglichkeiten auch auf dem freien Markt erhalten sollen. Drittaufträge können dazu beitragen, dass die finanzielle Lage der betreffenden Unternehmen verbessert wird und die Abgeltungen der öffentlichen Hand reduziert werden können. Dies soll jedoch nur in Bereichen der Fall sein, welche mit der Haupttätigkeit der Unternehmen, für die sie einen Auftrag der öffentlichen Hand haben, in

engem Bezug stehen und nicht «artfremde» Aktivitäten betreffen. Das heisst mit «Nebenprodukten» der ordentlichen Tätigkeit, jedoch nicht mit zusätzlichen Produkten, die nichts mit der ordentlichen Tätigkeit zu tun haben. Zudem ist eine Wettbewerbsverzerrung durch Subventionierung zu verhindern.

- - - -

Thomas Fürst, Interpellant: Die Fraktion «FDP.Die Liberalen» dankt dem Stadtrat für die gelieferten Antworten, ist aber davon nur teilweise befriedigt. Wir haben mit Zustimmung zur Kenntnis genommen, dass die Stadt zwar immerhin über Richtlinien verfügt für Public Corporate Governance betreffend die Verantwortung der strategischen Führung von öffentlichen Unternehmen in mehrheitlichem Besitz der Stadt. Im Gegensatz zum Kanton verfügt die Stadt aber offenbar über keine Richtlinien, welche sicherstellen könnten, dass sie überhaupt nur dort tätig wird, wo es um die Erfüllung einer klar definierten öffentlichen Aufgabe geht. Sei es direkt oder eben auch indirekt im Rahmen von Beteiligungen. Das dürfte wohl mitunter der Grund sein, dass jene Frage nicht beantwortet wurde, wie es zu diesem Fall kommen konnte, welcher schlussendlich für die vorliegende Interpellation Anlass gegeben hat. Als nämlich die BOGG, - und damit indirekt der Staat - ein Unternehmen übernahm, das ausschliesslich in Bereichen tätig ist, wo es nicht um die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben geht. Wir machen noch einmal mit Nachdruck klar, dass wir bei allem Verständnis für gewisse begriffliche Abgrenzungsschwierigkeiten grundsätzlich jegliches Auftreten des Staates auf dem freien Markt kritisch sehen. Die Ressourcen und Machtverhältnisse sind in diesen Fällen einfach derart in einem Ungleichgewicht, dass ein solches Auftreten per se kaum je fair erfolgen kann und im Übrigen langfristig auch nicht effizient ist. Aber wenn das dann schon passiert, müssten dabei zumindest klare Regeln definiert und eingehalten werden, welche eine volkswirtschaftlich schädliche Wettbewerbsverzerrung eben möglichst verhindern könnten. Dazu gehört insbesondere eine klare Trennung der Tätigkeiten im Rahmen der öffentlichen Aufgaben zu denen im freien Markt. Es muss zum Beispiel vermieden werden, dass mit einer Monopolrente Tätigkeiten vom freien Markt quersubventioniert werden. Oder dass Aufträge intern ohne Ausschreibungen vergeben werden können. Oder dass der Goodwill einer starken Marke unentgeltlich für Werbung auf dem freien Markt verwendet werden kann. Und, und, und. Wie gesagt, am besten lässt man ganz einfach die Finger davon. Ein weiteres Problem ist die Vermischung der Eigentümerrolle und der Rolle als Besteller von Leistungen, was in gewissen Konstellationen eintreten kann. Die daraus folgenden, offensichtlichen Interessenkonflikte können kaum behoben werden. Die Fraktion der FDP begrüsst entsprechend auch explizit, dass offenbar auch die Stadt selber nicht glücklich scheint mit dem, was bei der Übernahme der HUG Schriften GmbH durch die BOOG AG passiert ist und zumindest moniert hat, dass sie keine Kenntnisse über die entsprechende Absicht gehabt haben soll. Wir werden die weitere Entwicklung auf jeden Fall gespannt verfolgen, wie immer, wenn dieses Thema betroffen ist. Und falls nötig, werden wir auch weitere Vorstösse einreichen zum Schutz der privaten Akteure, welche schlussendlich – und das tönt nun etwas pathetisch, aber es ist einfach Fakt – den Wohlstand in diesem Staat erwirtschaften. Dort, wo die Privaten nämlich nichts erwirtschaften, kann der Staat auch nichts umverteilen.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Als erstes eine grundsätzliche Anmerkung von meiner Seite: Ich glaube, das Anliegen des Interpellanten, oder der Interpellanten, sollte es eine Fraktionsinterpellation sein, ist sicherlich berechtigt. Man kann sich allerdings schon fragen, ob Olten und der Oltner Gemeinderat für diese Grundsatzdebatte über die staatliche Wirtschaftstätigkeit der richtige Ort ist. Trotzdem sind sicher berechtigte Fragen enthalten. Als ich die Antworten des Stadtrats gelesen hatte, musste ich feststellen, dass zumindest gewisse Fragen nicht ganz ernst genommen wurden. Gewisse Antworten grenzen teilweise wirklich an Arbeitsverweigerung. Ich möchte auf Frage 3 verweisen. «Bestehen rechtliche Rahmenbedingungen, welche das direkte Auftreten der Stadt Olten mit Angeboten auf dem freien Markt beschränken?» Darauf lautet die Antwort: «Die rechtlichen Grundlagen werden durch die Bundesverfassung, die Kantonsverfassung und die Gemeindeordnung der Stadt Olten definiert.» Diese Antwort kann man nachlesen, die wurde nicht von mir erfunden und sie ist höchst, höchst oberflächlich. Es erinnert mich an Studenten, wenn sie nicht wissen, was

die richtige Antwort ist. Dann wird einfach mal die Normenhierarchie durchgegangen, irgendwo wird es schon eine Antwort geben, bzw. irgendwo wird man die rechtlichen Rahmenbedingungen finden. Ich hätte mir dort erhofft, dass substantzieller auf die Frage eingegangen worden wäre. Es macht einfach keinen besonders seriösen Anschein, insbesondere die Antwort auf Frage 3. Das ist schade, denn ich finde die Fragen, die Thomas bzw. die FDP-Fraktion stellt, berechtigt. Es ist ein Problem für die Privaten, wenn staatliche Unternehmen oder gemischtwirtschaftliche Unternehmen sich im Wettbewerbsbereich bzw. bei marktfähigen Gütern immer mehr ausbreiten und dort in Konkurrenz treten. Thomas hat es bereits erwähnt, die systematische Quersubventionierungsproblematik wurde vom Bundesgericht auch schon kritisiert. Daher denke ich, sollte man es wirklich nicht aus den Augen verlieren. Ob der Gemeinderat Olten das richtige Gremium ist für diese Diskussion, sei dahingestellt, aber ich hätte mir wirklich etwas substantziellere Antworten erhofft.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Grundsätzlich danken wir erstmal dem Interpellanten und seiner Fraktion und dann auch dem Stadtrat für seine Beantwortung. Wir finden gerade diese Public Corporate Governance-Strategie grundsätzlich begrüßenswert und hatten bis jetzt nicht den Eindruck, dass der Stadtrat hier massiv über die Stränge schlagen würde. Aber ich gebe Marc sehr recht, du hast es mir ein bisschen vorweggenommen betreffend die Frage zu den rechtlichen Rahmenbedingungen. Es war schon sehr dürftig, das sehen wir auch von unserer Seite so. Und ja, dieser Kauf dieser Schriftenmalerei war unglücklich und hat ein dementsprechend mediales Echo ausgelöst. Wie wir aber nun gehört haben, hat der Stadtrat nur bedingt Einfluss gehabt, bzw. hat nur bedingt davon gewusst, überhaupt. Man kann sich fragen, ob das gut oder schlecht war. Dies sei mal so dahingestellt. Ich gebe Marc ebenfalls recht, dass hier vielleicht eine kleine Anfrage gereicht hätte. Aber ich akzeptiere auch, dass es ein Moment ist, um eine ideologische Auslegeordnung hier im Parlament zu machen. Ich erspare euch meine Gedanken dazu.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte, GLP, EVP: Nur kurz. Ich stimme hier mit Thomas Fürst überein. Ein konkurrenzfreier Markt, das ist wohl unbestritten, das ist kritisch. Ich möchte im speziellen Fall etwas zur Präzisierung sagen: Es ist nicht richtig, dass die HUG Schriften AG übernommen wurde. Dies möchte ich präzisieren. Die Assets wurden übernommen. Es war ein Buyout des Inventars. Dies ist ein grosser Unterschied. Es ist so, dass die Firma BOGG der grösste Kunde war. Da muss ich einfach noch aus der Transportbranche selber sagen: Solche Werbungen bringen auch selber für die Firmen einen gewissen Ertrag. Es ist aber auch ein grosser, logistischer Aufwand. BOGG hat die Fahrzeuge rund vier Tage ausser Betrieb, wenn sie solche Schriften installieren muss. Es ist schon noch wichtig, dass man die Produktionskosten etwas im Auge behalten kann. Zum öffentlichen Verkauf von Leistungen am Markt, ist, wie gesagt, die Kritik berechtigt und unbestritten. Aber es gibt auch einen produktionstechnischen Teil und dort ist es auch für den Steuerzahler vorteilhaft, wenn die Kosten möglichst tief gehalten werden können.

Tobias Vega (SP): Mit dem Thema «Freier Markt» könnten wir, glaube ich, einen ganzen Abend füllen. Darüber sprechen wir jetzt nicht. Aber die gleichen Seiten fordern auch immer Kostenwahrheit. Möglichst keine Kosten beim Service Public, den Staat möglichst dünn halten. Nun so etwas finde ich sehr befremdlich. Ich sehe es genauso. Aus erster Hand weiss ich, dass es aus einer Pensionierung entstanden ist. Ich finde, es entspricht ja eurer Politik, dass man möglichst auch Gelder reinholt. Damit es nicht viel kostet bringt man Sponsoring «auf die Ding drauf». Darum hat man die HUG Schriften übernommen. Und eigentlich auch das Personal. Und da frage ich mich, mit wem es wirklich in eine Konkurrenz geht. Ich frage mich, wer ist der Background der ganzen Geschichte, wer hatte Interesse daran, mit der BOGG zusammenzuarbeiten.

Matthias Borner (SVP): Ich möchte einfach noch etwas erwähnen. Der Stadtrat sagt hier, dass Tätigkeiten, die in ihrem Einflussgebiet sind, also öffentlich-rechtliche Sachen, nicht den privaten Markt konkurrenzieren sollten. Wenn ich nun die Entwicklung der a.en anschau: Dort gibt es neuerdings einen Web-Shop, wo man Lampen und anderes kaufen kann. Und dies ist natürlich schon eine direkte Konkurrenz zur privaten Wirtschaft. Quasi eine vertikale

Ausdehnung, wenn man es wirtschaftlich ausdrücken will. Hier halten sie sich nicht immer an dieses Dogma und dort sind wir schon zu 100% daran beteiligt. Also, dies ist durchaus ein Problem oder ein Thema, das man mal anschauen sollte und hier im Saal bereits aufgegriffen wurde.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Es ist 21.50 Uhr, ich glaube, es reicht nicht mehr für eine weitere IP. Wir verschieben diese aufs nächste Mal. Wir sehen uns wieder am 26. Juni. Dann gibt es eine weitere Doppelsitzung, jeweils um 19 Uhr. Einen guten Abend miteinander.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Yael Schindler Wildhaber
Stadtschreiber: Markus Dietler
Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhänden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.